

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 10. Juni 1931
Jahrgang 13. Nummer 116

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis: 2 Pf. 50 H. Botenlohn = 20 Pf. monatlich 2,10 M. + 50 H. Botenlohn = 2,60 M. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 M., unter Erstreifen 3 M. Anzeigenpreis: Die sechspaltige Willmetzelle ober oder unter Raum 12 Pf. Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Willmetzpreis: Die dreispaltige Willmetzelle ober oder unter Raum im Text 10 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Hauptredaktion um 6 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 464. Redaktion: Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 464. Druckerei: Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 464. Verlagsanstalt: Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 464. Verlagsanstalt: Breslau 10, Kreuzer Straße 50, Telefon 464.

Massensturm gegen Hungerdiktat!

Mit Maschinengewehren

Düsseldorf, 10. Juni. (Eig. Drahtber.)

Bereits in den frühen Morgenstunden kam es gestern am Wohlfahrtsamt in der Altstadt zu spontanen Demonstrationen. Die Polizei rückte bürgerkriegsmäßig sogar mit Maschinengewehren gegen die Demonstranten vor. Am Abend fanden in einem anderen Teil der Stadt große kämpferische Ansprachen statt, die 1000 und noch mehr Teilnehmer zählten. Zahlreiche mit schußfertigen Karabinern ausgerüstete Ueberfallkommandos hielten das Stabliniere besetzt.

und mit Karabinern gegen die Arbeitslosen

Hamburg, 10. Juni. (Eig. Drahtber.)

Gestern morgen besetzte die sozialdemokratische Schönfelder-Polizei die Stempelstellen. Trotzdem bildeten sich Diskussionsgruppen. In den Räumen des Arbeitsamtes hielten die Erwerbslosen eine Versammlung ab. Die inzwischen verstärkte Polizei wollte die Versammlung aufheben. Die Erwerbslosen warfen der Polizei Wänter entgegen, daraufhin räumte die Polizei die Stempelstelle. Die Menge brach auf den Hof und sang revolutionäre Lieder, brach in Hungermärsche aus und demonstrierte von der Stempelstelle nach der ABE-Straße. Den Demonstranten wurden von der Polizei entschärfte Revolver entgegengehalten und sie von der inzwischen eingetroffenen Verstärkung brutal geschlagen. Die Sipo war mit Karabinern bewaffnet.

Wohlfahrtsarbeiter streifen

Barmen, 10. Juni. (Eig. Drahtber.)

Als Antwort auf das Hungerdiktat der Brüning-Regierung legten gestern früh die Wohlfahrtsarbeiter geschlossen die Arbeit nieder und demonstrierten, überall von der werktätigen Bevölkerung begrüßt, nach dem Stabliniere. In Erwartung eines Rathaussturmes besetzte die Polizei das Gebäude.

Die Massen aber sammelten sich in der Nähe des Rathauses und organisierten Sprechhöfen. „Nieder mit der Brüning-Regierung“, „Nieder mit der Hungerdiktatur“ schallte es über den Platz. Anschließend formierten sich die Hungerdemonstranten und zogen unter dem Gesang revolutionärer Lieder durch die Straßen. Ein Polizist, der sein Seitengewehr blank zog, wurde verletzt, und bei weiteren Zusammenstößen gingen Fensterscheiben in Trümmer.

Polizei verbietet Kampflosungen gegen Hunger

Gleiwitz, 9. Juni. Am Freitag, dem 5. Juni, führte die kommunistische Partei und die KPD eine Protestkundgebung und Demonstration gegen die neuen Notverordnungen durch. An der Kundgebung beteiligten sich etwa 1800 Arbeiter. In kurzen Umrissen zeigte Genosse Stadtverordneter Behr den arbeitserfindlichen Charakter der Brüning-Notverordnungen auf. Die Kundgebung schloß mit der „Internationale“ und einem donnernden Hoch auf die kommende proletarische Revolution, die kommunistische Partei Deutschlands und die kommunistische Internationale. An der Demonstration beteiligten sich etwa 900 Arbeiter. Die Polizei versuchte auch hier wieder zu provozieren. Sie verbot zwei Transparente mit den Losungen: „Lob dem Faschismus! Es lebe der Kampf für ein Sowjetdeutschland“ und „Hoch und Gehaltsraub sind die Lösungen der Brüning-Regierung. Nieder mit der Regierung des Hungers!“

Siebenfacher Grubenmord in Neurode

Breslau, 9. Juni. In der Nacht zum Mittwoch ereignete sich auf der vierten Sohle der Neuroder Kohlen- und Tonwerke in Kohlenberg bei Neurode ein Kohlenföhrenausbruch. Bisher wurden sieben Tote und vier Verletzte geborgen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

So ähnlich lautete die erste Nachricht im Juni vorigen Jahres bei dem Kohlenföhrenausbruch auf der Benzelsgrube bei Neurode. Die Zahl der Toten stieg von Stunde zu Stunde und erreichte die furchtbare Zahl von 161. Außenbei von Familien wurden ihres Vaters und Ernährers beraubt. Und das alles lag im Interesse des Grubenkapitals. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse bedauerte die ins furchtbare Elend gestochenen Familien und versuchte

damit die wahren Schuldigen an diesem großen Unglück zu bedecken. Die Kommunisten und ihre Presse haben einzig und allein die wahren Ursachen aufgezeigt. Die Profitsucht mordete damals 161 Kumpels. Und heute sind es der Meldung nach „nur“ sechs. Vielleicht erhöht sich diese Zahl bei der nächst eintretenden Melbung.

Die Grubenbarone haben die sechs toten Kumpels auf dem Gewissen. Und sie nicht nur allein, sondern auch ihre Agenten, die christlichen und reformistischen Arbeiterführer, die die mörderische Rationalisierung und das Morbidsystem in den Betrieben verteidigen. Die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen im Bergbau ist nur durch den schärfsten Kampf gegen das Grubenkapital zu erreichen. Und diesen Kampf gibt es unter Führung der KPD. zu organisieren und zu führen.

Die Blutbestien rasen in Sachsen

Nazis und Polizei auf „Strafexpedition“ in Sachsen — Die Nazizeitung stellt fest: „Die Chemnitzer Polizei als Verstärkung verhielt sich musterhaft“

Limbach i. Sa., den 10. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der am Sonntag in Chemnitz begonnene, unerhörte Naziterror wird jetzt in anderen Orten in gesteigerten Formen durchgeführt. So unternahmen die Nazihorden gestern Abend in Lim-

bach einen Überfall auf das Gebäude des Limbacher Konsumvereins, wobei die Polizei ebenso wie in Chemnitz gemeinsam mit den bewaffneten Nazis auf die Arbeiter einprüllte, eine Anzahl Arbeiter verhaftete und den Nazis ermöglichte, einen geradezu vandalischen Terror gegen die Arbeiterbevölkerung durchzuführen.

Als die Limbacher Nazis am Sonntag von Chemnitz zurückkamen, erklärte einer ihrer Führer bei der Auslösung, daß sie für den abgeschlagenen Angriff auf die kommunistische Bücherstube „Mache nehmen“ werden. Am Montag bereits verurteilten sie ihren Plan. Unter Teilnahme auswärtiger Nazis verübten sie um 18.30 Uhr einen wohlorganisierten Überfall auf das Gebäude des Konsumvereins. Der von zwei Seiten erfolgte Angriff wurde von wenigen Funktionären, die zufällig zu einer Sitzung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion anwesend waren, abgefohlen.

Kurz vor 7 Uhr trafen zwei Überfallwagen mit Chemnitzer Schnepfen ein, die gemeinsam mit den mit schweren Fieb- und Stichwaffen bewaffneten Nazis in das Konsumgebäude eindrangen, gemeinsam mit ihnen auf die Arbeiter einprüllten und mehrere von ihnen verhaftete.

Polizei und Nazis benutzten dann gemeinsam den vor dem Konsumgebäude liegenden Johannispark, von wo aus die Nazis durch alle angrenzenden Straßen Jagd auf Arbeiter machten, sie zu Boden prügelten und sie dann als „Verhaftete“ zum Johannispark schleppten, um sie hier der Polizei zu übergeben. Fast zwei Stunden konnten die Nazis ihren blutigen Terror ausüben, ohne daß auch nur einer von der Polizei verhaftet wurde. Nach 21 Uhr zog sich die Polizei zurück und ließ die Nazis unbeheilt einen Überwachungs- und Patrouillendienst rund um das Konsumgebäude einrichten. Bis spät in die Nacht hinein wurden völlig unbeteiligte Passanten angepöbeln und Frauen niedergeschlagen, nachdem sie in der ordinärsten Weise belästigt wurden.

Der „nationalistische“ „Freiheitskampf“ stellte in einem verlogenen Bericht über die Limbacher Vorfälle auf: „Die Chemnitzer Polizei als Verstärkung verhielt sich musterhaft!“

Hilfe für die Kleinschiffer

Die kommunistische Landtagsfraktion hat angesichts der Tatsache, daß 70 Prozent der Kleinschiffer infolge der Krisenkatastrophe ohne jedes Einkommen sind und die meisten von ihnen in ihren Heimatorten nicht einmal Wohlfahrtsunterstützung erhalten, einen Antrag eingebracht, in dem die sofortige Durchführung einer Hilfsaktion des Staates zugunsten der Kleinschiffer verlangt wird.

Außerdem hat die kommunistische Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, in dem auf die in vielen Gebieten Preußens durch Sturm- und Regen verursachten Schäden hingewiesen wird, durch die Tausende von kleinen Landwirten und Kleingewerbetreibenden ruiniert wurden. Die Kommunisten verlangen eine sofortige umfassende Hilfsaktion für die geschädigten Kleinen Leute.

Delegiertenkonferenz der KPD.

Am kommenden Sonntag findet in Breslau die Bezirksdelegiertenkonferenz der KPD für Schlesien statt. Dieser Konferenz kommt infolge der scharfen Zuspitzung der gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage in den letzten Wochen und Monaten eine sehr hohe Bedeutung zu. Sie hat die für Schlesien besondern Beschlüsse zu fassen und die Kampfstrategien festzusetzen, die notwendig sind, um die Offensive des Kapitals zurückzuschlagen. In Schlesien stehen in den nächsten Wochen und Monaten große wirtschaftliche und politische Kämpfe voraus. Der Tarifvertrag der Metallarbeiter läuft zum 30. Juni ab, die Bergarbeiter, die Porzellanarbeiter und die Textilproleten stehen gleichfalls vor einem neuen Lohnabbau.

Alle diese Schichten der Arbeiter stehen vor der Frage, die schon so oft an sie herangetreten ist, ob sie hilflos weiter in das Elend gehen wollen, oder ob sie den anderen Weg wählen, den Weg des Kampfes. Die Entwicklung der letzten Monate hat auch den optimistischen sozialdemokratischen, parteilojen und christlichen Arbeiter, die immer noch eine „Wendung zum Besseren“, an eine „Ueberwindung der Krise“, an eine „Einsicht der Unternehmer“ glaubten, gezeigt und bestätigt, daß auf diesem Wege, auf dem Wege des Zurückweichens die Lage der Arbeiterschaft immer elender, immer unhaltbarer wird, und daß das Unternehmertum immer schärfer den Lohnraub betreibt, je mehr es erkennt, daß sich die Arbeiterklasse widerstandslos in das Elend treiben läßt.

Drei Ereignisse in der letzten Zeit sind es insbesondere, die die schlesische Arbeiterschaft beschäftigen und die auch bei der Entscheidung eine wesentliche Rolle spielen. Da ist der Aufmarsch der Stahlhelmbanditen, der Streikbrecher- und Bürgerkriegsgarde des Kapitals. Da ist die neue Notverordnung des Herrn Brüning, die unter aktiver Mithilfe der SPD. den werktätigen Massen ungeheure Lasten auferlegt. Die den Arbeitern die Löhne kürzt und den Kleinrentnern, den Erwerbslosen und Kriegsveteranen die Unterstützung raubt. Und da ist der Leipziger Parteitag der SPD., der die neue Notverordnung schon anerkannte, noch bevor sie überhaupt bekannt war. Dieser Parteitag, der Millionen Werktätigen, die immer noch auf einen „Kurswechsel“ in der SPD.-Politik gehofft haben, die letzte Illusion nahm.

Diese drei wichtigen Ereignisse der letzten Zeit sind es insbesondere, die die schlesische Arbeiterschaft beachten und beachten muß, wenn sie die großen Fragen der kommenden Wirtschaftskämpfe behandelt. Schon hat das Unternehmertum den Angriff auf die Bergkumpels im Ruhrgebiet und auf die Metallarbeiter eröffnet.

Schon jetzt überall die verstärkte Unternehmerrückgriffe ein. Mit dem Druckmittel des gesteigerten Terrors der faschistischen Banden, mit der Hilfe des Verrats der SPD.-Führer und reformistischen Gewerkschaftsbonzen, mit dem Terror der Staatsgewalt und mit Notverordnungen sollen die Arbeiter niedergeschlagen werden.

Aber die Arbeiter wehren sich! Sie erkennen die Notwendigkeit des verstärkten und verstärkten Kampfes, des Widerstandes gegen die Unternehmer, und sie erkennen die Notwendigkeit, diesen Kampf zu organisieren.

Die organisierende Kraft der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum aber ist die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Die KPD. hat in den letzten Kämpfen gezeigt, daß sie, wenn die Arbeitermassen ihrem Rufe folgen, in der Lage ist, der Bourgeoisie und der faschistischen Brüning-Regierung entscheidende Schläge zu versetzen. Dieser Kampf gegen das Unternehmertum kann nur geführt werden, wenn man rückwärtslos die sozialfaschistischen Fesseln des Unternehmertums, die SPD.-Führer und die reformistischen Gewerkschaftsbonzen, entlarvt.

Die am kommenden Sonntag in Breslau tagende Bezirksdelegierten-Konferenz wird zu allen diesen Fragen Stellung nehmen. In allen Betrieben und Stempelstellen, in allen Orten, soweit es noch nicht geschehen ist, müssen die Arbeiter ihre Delegierten wählen und zu der Konferenz entsenden. Alle die Schichten des werktätigen Volkes, die, ausgenutzt und ausgebeutet von der Bourgeoisie, verraten von der Sozialdemokratie und unterdrückt von der Staatsgewalt, nach dem Ausweg suchen, die kämpfen wollen, werden auf dieser Konferenz durch ihre Delegierten vertreten sein und Anlage erheben gegen ihre Unterdrücker. Sie werden die Beschlüsse fassen, die notwendig sind zum organisierten Kampf, sie werden die kämpfende Einheitsfront der gesamten Klasse formieren und die Arbeiter aufrufen, diesen Kampf durchzuführen!

Metallarbeiter! Denkschriften oder Kampf?

„Nach allem, was man von dieser Regierung weiß, wird sie nichts für die Arbeiterschaft, wohl aber vieles gegen sie unternehmen.“ (Metallarbeiter-Zeitung Nr. 18, vom 11. 4. 31.)

„Man muß doch allmählich auch bei der Industrie und der Regierung die Einsicht bekommen, daß eine Sanierung der Eisen- und Stahlindustrie von der Lohnseite aus überhaupt nicht möglich ist. . . Es ist deshalb recht erfreulich, daß der Vorstand des D.M.V. die Reichsregierung durch eine Denkschrift auf diesen Notzustand der deutschen Eisenindustrie aufmerksam gemacht hat.“ (Metallarbeiter-Zeitung Nr. 19, vom 9. 5. 31.)

Diese beiden Zitate aus zwei Nummern der Metallarbeiter-Zeitung, die noch zu Hunderten ergötzt werden könnten, zeigen, wie bemüht und demagogisch die D.M.V.-Verbandsbürokratie die Arbeiterschaft von einer wirklichen Organisation des Kampfes abhält. „Denkschriften“ an die Regierung, die „hoffentlich die Regierung einmal zur Einsicht kommen lassen“, wie es weiter heißt, sind das Mittel der Gewerkschaftsbürokratie. „Denkschriften“ an die Regierung, von der sie vier Wochen vorher behaupteten, daß sie alles gegen die Arbeiterschaft unternimmt. Denkschriften an die Regierung, die alle Mittel anwendet, um die Arbeiterklasse in immer verstärktem Maße auszubeuten und zu unterdrücken, Mittel, die den offenen faschistischen Sturz dieser Regierung aufzeigen. Und in einem Artikel in der Nummer 7 vom 14. 2. 31 geben die D.M.V.-Strategen offen zu, daß die Lohnkürzungen ständig weitergehen werden, bis auf 100 Prozent. Sie weisen dabei auf die Rede des Krupp von Bohlen-Valbach hin, der versuchen will, „mit dem bisherigen Aufwand für Löhne und Gehälter mehr Leute zu beschäftigen und auf diesem Wege auch billiger zu produzieren“, d. h. also, daß mehr Leute beschäftigt werden, die nicht durch den Unternehmer, sondern auf Kosten der anderen Arbeiter bezahlt werden. „Was dann werden soll, und was schon inzwischen geschehen muß, das werden sich die Arbeiter gründlich überlegen müssen.“ So schließt der Artikel in der Metallarbeiter-Zeitung.

Und in der Tat: Was werden die Arbeiter tun!

Daß ihnen der richtige Weg gezeigt wird, dafür sorgt die kommunistische Partei, dafür sorgt die NSD. Dieser Weg ist aber ein anderer, als wie ihn die Gewerkschaftsbürokratie aufzeigt. Sie schreibt in dem oben angeführten Artikel von der „Rettung der Wirtschaft und Kultur“:

Welcher Wirtschaft? Welcher Kultur? Natürlich der Kapitalistischen. Diesen Weg wird aber die Arbeiterschaft nicht gehen. Aber die Lage der Arbeiterschaft verbessern will, muß die Ursachen des jetzigen Zustandes beseitigen. Und diese liegen in dem kapitalistischen System verankert. Dieses gilt es zu beseitigen, und dabei haben auch die Metallarbeiter ihre Aufgabe zu erfüllen, die sie nicht losgelöst vom Gesamtsturm der Arbeiterschaft durchführen können, sondern nur eingegliedert in der Front der ganzen Arbeiterschaft.

Bereits bei der letzten Lohnbewegung im vorigen Jahre hat die NSD. in Versammlungen, in Flugblättern, in der Presse den Weg aufgezeigt. Der Kampf gegen alle Lohnabbau-maßnahmen der Unternehmer muß organisiert werden.

Die D.M.V.-Bürokratie hat das nicht getan und wird es nicht tun. Sie kann und darf es auch nicht. Der Regierung des Lohnabbauens haben diese Strategen das Vertrauen ausgesprochen. Nicht nur einmal. In Sachien z. B. rührte die D.M.V.-Bürokratie am 1. Mai keinen Finger, um die Metallarbeiter in den Streik zu rufen, nachdem die Unternehmer 25 Prozent Lohnabbau forderten. Sie konnten bei all den anderen Bewegungen nicht anders. Sie werden auch in Schlesien keinen Finger krumm machen, um die Metallarbeiter zum Kampf zu führen.

Im Mitteilungsblatt Nr. 1 der Breslauer Tribüne vom 1. Januar 1931 wurde zu dem damaligen Lohnabbau Stellung genommen und am Schluß davon geschrieben:

„Die Vergeltung für diese Ausplünderung und Bergewaltigung der Metallarbeiter den Unternehmern und der Regierung nicht geschenkt bleiben wird.“

Nun, wie diese „Vergeltung“ aussieht, haben wir schon an einigen Tatsachen nachgewiesen.

Diese „Vergeltung“ bestand in der Vertrauensklärung gegenüber der Regierung Brüning, in der Unterstützung des Vorschlags eines Arbeitsdienstpflichtgesetzes, in der Schlichtungspraxis des D.M.V.-Verbands, „Stößen“ Diszell usw.

Wirkliche Vergeltung zu üben in die Arbeiterschaft, nicht aber die Gewerkschaftsbürokratie und sozialdemokratische Führerschaft bereit. Die Besen, die Gewerkschaftsbürokratie muß mit in die Vergeltungsmassnahmen der Arbeiterschaft einbezogen werden. Der Vertreter in den eigenen Reihen darf nicht gespart werden.

Eine riesige Front steht der Arbeiterschaft gegenüber. Es gilt jetzt, auch in der Metallindustrie die Gegenoffensive zu organisieren.

Was ist zu tun?

Am 30. Juni läßt der Tarif in der schlesischen Metallindustrie ab. Was sind die „besonderen“ Wünsche der schlesischen Metallindustriellen nicht bekannt. Sie liegen jedoch auf der Linie des allgemeinen Neubezugs auf die Löhne der Werkslöhne. Vielleicht macht man es wie die Berliner Metallindustriellen, die ihre Lohnabbauforderungen auf einen etwas späteren, allerdings nicht zu weit entfernten Termin verlegen. Sie befürchten, daß das Zusammenreffen der neuen Notverordnung mit einer neuen Lohnabbauoffensive der Unternehmer die Erregung der Arbeiterschaft zu sehr reizt. Aber schmerzhaftlich muß die Arbeiterschaft der Metallindustrie Schlesiens die Organisation des Kampfes gegen den beschleunigten Lohnabbau verbinden mit dem Kampf gegen die Notverordnung, verbunden mit dem Kampf gegen die Brüning- und Preußen-Regierung.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ist die einzige Kraft zur Organisation des Angriffes gegen den Lohnraub.

Zu Delegatensammlungen der Metallbetriebe muß sofort Stellung genommen werden zum Kampf gegen den Lohnabbau in Verbindung mit dem Kampf gegen die Notverordnung. Die Betriebe sind die Ausgangspunkte des Kampfes. Die Wahl der vorbereitenden Kampfausschüsse muß überall durchgeführt werden. Dabei müssen betriebliche Kampfprogramme

ausgearbeitet werden, die gründlich in den Betriebszellen und Fraktions-sitzungen, in den Betriebsgruppen der NSD. vorbereitet werden. Sie müssen Forderungen enthalten, von denen die Arbeiter wirklich leben, daß es ihre Forderungen sind.

Schnellster Ausbau des revolutionären Vertrauensleiters ist eine dringende Notwendigkeit. Das gleiche gilt für die Mobilisierung der erweckten Metallarbeiter.

Die gemeinsame Front zwischen Betriebs- und Stempelstöße

Das Luther-Konkordat vor dem Landtag

Nieder mit der Konkordatsregierung Braun-Severing-Grimme! Nieder mit der Hungerregierung Brüning!

Die Sitzung des Landtags vom Montag gestaltete sich teilweise außerordentlich bewegt und stürmisch. Sowohl bei der Einbringung des kommunistischen Mißtrauensantrags gegen die Braun-Regierung wegen ihrer bedingungslosen Unterstützung der Brüning-schen Hungerverordnungen als auch bei der darauffolgenden Debatte über das Luther-Konkordat durchbrachten immer wieder die Sprechstühle der Kommunisten

„Nieder mit der Konkordatsregierung Braun-Severing-Grimme! Nieder mit der Hungerregierung Brüning!“ das Landtagegebäude.

SPD-Grimme „begründet“

Zur Begründung des Luther-Konkordats und des gleichzeitig vorgelegten Pfarrr-Beholdungsgegesetzes hielt der Kultusminister Dr. Grimme eine Rede, die durch ihren Reichtum an philosophischen und staatspolitischen Phrasen äußerst provokatorisch wirkte und teils für mich, teils wahre Proteststürme der Kommunisten auslöste. Grimme erklärte, solange die Verbindung von „Krone und Altar“ gegeben gewesen sei, habe für einen Vertrag zwischen Staat und Kirche keine Notwendigkeit vorgelegen. Jetzt aber fordere die Reichsverfassung eine klare Trennung von Staat und Kirche (Stürmisches Gelächter bei den Kommunisten). Eine solche Trennung sei jedoch aus staatsrechtlichen und finanziellen Gründen jetzt nicht möglich; denn eine geldliche Abfindung sei bei dem gewaltigen Umfange der kirchlichen Rechte bei der gegenwärtigen Finanzlage des Staates absolut undiskutabel. Die Deutschnationalen machten aber ihre endgültige Haltung zum Vertrag abhängig vom Ergebnis der Ausschüßerverhandlungen. (Zuruf bei den Kommunisten: Und von den Millionen, die die Kirche erhält!)

Erbärmliche Erklärung der Sozialfaschisten

Für die SPD. gab Ridders eine Erklärung ab, die die SPD. habe ernste Bedenken (!) gegen den Vertrag. (Stürmisches Zurufe bei den Kommunisten.) Der Grundgedanke der Parität werde auf die Freidenkerorganisationen nicht angewendet. Wegen die finanziellen Auswirkungen des Vertrags hätte die SPD. insofern Bedenken (!), als schon erhebliche Abstriche auf kulturellen und sozialen Gebieten durchgeführt worden seien. (Zurufe bei den Kommunisten: Ihr stellt den Kindern das Brot!) Diese Bedenken veranlaßten die sozialdemokratische Fraktion, sich ihre endgültige Stellungnahme bis zur 3. Lesung vorzubehalten.

Genosse Ausländer:

Die Fronten stehen diesmal noch klarer wie 1929 beim Papp-Konkordat. Auf der einen Seite die christlich-sozialfaschistische Koalition von der äußersten Rechten bis zur Sozialdemokratie, auf der anderen Seite allein die Kommunisten als Vertreter der Interessen der Werktätigen.

Im Augenblick des furchtbaren Aberlasses an allen Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger und ihrer Kinder werden neue Millionen auf „ewige“ Zeit den Kirchenlasten zugeschanzt.

Dazu kommt das Pfarrrbeholdungsgegesetz — auch ein „Juniplan“ — nämlich zur Sicherung der Pfarregehälter auf 5 Jahre gegen alle parlamentarischen Zufälle. Das Jahresinkommen

der evangelischen und katholischen Kirchen in Preußen stellt sich auf weit über 1 Milliarde Mark. Seit den Tagen Luthers, des Verräters der ersten großen deutschen Volksrevolution, der 1525 die Fürsten und Herren zur Niedermegung der ausländischen Bauern aufrief und erklärte, ein Christ könne fröhlich Leibeigenschaft tragen, ist gerade die evangelische Kirche die treueste Stütze der Junker- und Fürstenmacht bis zum Zusammenbruch der preußischen Monarchie gewesen.

Heute stehen die evangelischen Pfaffen zu 98 Prozent im Lager des Stahlhelms, Gitters und Jüngerbergs.

Das Luther-Konkordat ist somit ein neuer Akt zur Faschisierung der preußischen Regierung und aller Parteien, die sich zur Rettung des zusammenbrechenden Kapitalismus auf Kosten des Proletariats verschwohren haben. Die Massen aber bilden Hindernisse nach

der Sowjetunion, wo durch das Dekret vom Januar 1918 zur Trennung von Kirche und Staat der gesamte Grundbesitz der Pfaffen den Bauern gegeben worden ist,

wo alle öffentlichen Zuschüsse an die Kirche verboten sind, wo jede religiöse Beeinflussung in der Schule unter Strafe gestellt ist und die Kirche auf die Stellung von privaten Vereinen herabgedrückt ist. Das ist die Erfüllung der alten sozialistischen Forderung, die die Sozialdemokraten erneut verraten. Wir rufen die Massen auf

„Heraus aus der Kirche! Ginein in die Front der proletarischen Klassenkämpfer!“

(Stürmischer Beifall bei den Kommunisten und auf der Tribüne Sprechchor der SPD-Fraktion: „Nieder mit der Konkordats- und Hungerregierung!“)

Die reaktionären Mucklerparteien stimmen zu

In der weiteren Debatte äußerten sich die Redner der Volks-partei und der sogenannten Deutschen Fraktion, ferner die Redner der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und des christlichen Volksdienstes, die alle dem Vertrag zustimmten. Die Nationalsozialisten schwiegen sich aus.

Genosse Karl Schulz brandmarkt die Konkordatssozialisten

Die Erklärung des Sozialdemokraten Ridders, daß sich die SPD. ihre Entscheidung für die 3. Lesung vorbehalten, bezeichnete Genosse Schulz als

ein infames Lügenpiel und erhält dafür einen Ordnungsstraf. Ridders weiß ganz genau, daß Heilmann längst die Parole herausgegeben hat, dem Vertrag zuzustimmen. Außerdem ist die Unterzeichnung des Vertrags durch Braun mit Zustimmung Severings, Grimmes und aller führenden Personen der SPD-Fraktion erfolgt.

Der Papp hat unter den sozialistischen Regierungen nur den Kommunismus als unerbittlichen Gegner bezeichnet. Er hat recht:

Mit Rücksichtslosigkeit und mit allen Konsequenzen führen wir den Kampf gegen die die Massen ausbeutende Kirche, die ein Instrument des Kapitalismus ist, um die Ausbeutung der Massen aufrechtzuerhalten.

(Sturbe und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Breslauer Polizei im Dienste der amerikanischen Klassenjustiz

Breslau, 10. Juni. Die vom NSD. und der NS. angelegte Protestkundgebung gegen den Mord an den acht Regier-Jungarbeitern am geistigen Dienstag wurde in letzter Stunde von der Polizei verboten. Das Verbot hat folgenden Wortlaut:

„Die durch Schreiben vom 6. 6. d. J. für Dienstag, den 9. d. M. angemeldete Kundgebung mit anschließender Demonstration wird auf Grund von § 1 Abs. 1 Ziffer 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen verboten, da die einzelnen Jüge mit dem bereits vorgemeldeten Stahlhelmszug verschiedentlich zusammentreffen würden und dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet wird.“

Stempel: Der Polizeipräsident Breslau. begl. Franz, Kriminalsekretär.“

Diese Begründung ist ein Schandtal. Weil der Stahlhelm, die Bürgerkriegsgerde des Kapitals, die sich erst vor zehn Tagen in Breslau von der werktätigen Bevölkerung eine gewaltige politische Abfuhr geholt hat, die Breslauer Arbeiterschaft wiederum terrorisieren will, deswegen verbietet man dem Proletariat die Straße. Mit aller Gewalt, mit der ganzen Unterstützung, die die Staatsgewalt den kapitalistischen Horden zuteil werden lassen kann, soll den Mord- und Terrorbanden des Kapitals die Straße freigemacht werden.

Bezeichnenderweise wurde das Demonstrationsverbot der Demonstrationsleitung erst am Dienstagvormittag bekanntgegeben, zu einer Zeit also, wo es praktisch unmöglich ist, die bereits organisierten Aufmärsche abzugeben. Die Arbeiterschaft weiß, daß das Polizeipräsidium seit Wochen krampfhaft nach Verbotgründen gegen den Kampf-

ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirkliche Mobilisierung der Metallarbeiterschaft. Überall in den Betrieben und Stempelstößen müssen Delegierte zu den

NSD-Konferenzen

der Metallarbeiter gewählt werden. In der Konferenz am 14. Juni, die vor der Bezirkskonferenz der NSD. stattfindet, werden die letzten Maßnahmen für die Organisation des Kampfes festgelegt werden.

Unter der politischen Führung der NSD. muß die NSD. auch die Metallarbeiterschaft in die gemeinsame Kampffront einreihen. Jeder laienbewußte Metallarbeiter muß die Reihen der NSD. stärken, nur dann wird im Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit die Vergeltung für die Ausplünderung und Bergewaltigung der Arbeiterschaft den Unternehmern und der Regierung und ihren Lakaien nicht geschenkt werden.

bund sucht. Die so groß aufgelegene Heze gegen den Kampfband, die anlässlich des erschossenen Stahlhelms entfacht wurde, erwies sich als eine Meise. Bis heute ist es dem Polizeipräsidium nicht gelungen, auch nur einigermaßen glaubhaft zu machen, daß der Stahlhelmer von Arbeitern erschossen wurde, geschweige denn, daß der inhaftierte Arbeiter Feinen „gestanden“ hätte. Aber was auf die eine Art nicht geht, geht vielleicht auf die andere. Den Herren von der IA dürfte eine von der Polizei auseinandergeprügelte „verbotene“ Demonstration wohl nicht unangelegen kommen.

Die Arbeiterschaft erkennt die Absicht, und sie wird heute

abend auf dem Neumarkt den Herren die Antwort geben. Arbeiter, Werktätige, Jungarbeiter! Heraus heute 20 Uhr auf dem Neumarkt! Kämpft für die Freilassung der acht schwarzen Jungarbeiter!

Heraus zum Protest gegen die amerikanische Klassenjustiz gegen Stahlhelmterror und Polizeivillkür. Es spricht der Genosse Artur Voigt, Berlin, Mitglied des Zentralvorstandes der Roten Hilfe.

Kommunistischer Vorstoß gegen die Hunger-Notverordnung im Landtag

Im Landtag, der am Montag wieder zusammentrat, unternahm die kommunistische Fraktion sofort einen Vorstoß gegen die Hunger-Notverordnung Brüning's, indem sie einen begründeten Mißtrauensantrag gegen die sozialfaschistisch-meritale Preußen-regierung einbrachte. Gegen diese geschäftsordnungsmäßige Forderung wurde vom Zentrum Widerspruch erhoben, wodurch eine Aussprache des Landtags zu der Notverordnung in der heutigen Sitzung verhindert wurde. Da jedoch Mißtrauensanträge vom Landtag innerhalb 14 Tagen erledigt werden müssen, wird der Landtag wohl oder übel länger als geplant zusammenbleiben müssen, um zur neuen Notverordnung Brüning's Stellung zu nehmen.

Der 4. Gantag des Internationalen Bund

Am Sonntag fand die 4. Gantagung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit in Waldenburg statt. Auf dieser Tagung wurde eine Protestresolution gegen die neue Hunger-Notverordnung angenommen, die wir morgen mit einem Bericht über die Tagung veröffentlichen werden.

Breslau

SPD.-Proleten vom Nikolaitor fordern:

Heraus aus der SPD! Hinein in die KPD!

Breslau, 10. Juni.

Gestern Abend fand eine Abteilungsverammlung Nikolaitor der SPD. Statt. Schon der Besuch von etwa 400 bis 500 Anwesenden zeigte, daß der Leipziger Parteitag für die SPD-Proleten sehr ernüchternd gewirkt hat. Nachdem Oppler einen lahmten Bericht über den Polizei- und Stahlhelmterror gegeben hat, sprach an Stelle von Göttsch, der nicht erschienen war, Ziegler über den Parteitag. Es ist bezeichnend für die völlige Kapitulation der „Linken“, daß Ziegler zwar in seinen Ausführungen die Politik des Parteivorstandes „mißbilligte“ und sehr erkaunt tat, daß man ihn nicht mit den anderen acht „Disziplinbrechern“ ausgeschloffen hat, im übrigen aber forderte, daß man auch fernerhin die Brüning-Regierung tolerieren müsse. Er sagte: „Wenn im Reich die SPD, so eingestrichelt wäre wie hier in Breslau, dann wäre es noch möglich, die Linie der Partei zu revidieren.“

Die Wirkungen der Ausführungen von Ziegler auf die anwesenden SPD-Proleten waren katastrophal. Eine ganze Reihe gepfeffelter Zwischenrufe machten Ziegler klar, daß er die längste Zeit der Sprecher der SPD-Arbeiter gewesen ist. Viele Leute verließen direkt angeleitet die Versammlung. Gleich der zweite Diskussionsredner, Abrarius, forderte zum Austritt aus der SPD. auf. Wörtlich sagte er: „Es bleibt uns jetzt nichts anderes übrig, als der geschlossene Austritt aus der SPD. und Eintritt in die KPD., da die Politik der SPD. falsch ist und keine Änderung mehr zu erwarten ist.“

Ziegler und Kneiß konnten sich nicht mehr anders helfen, als das alte Märchen von der „Diktatur in der KPD.“ zu erzählen. Wer in der KPD. etwas gegen den Willen der Führer sagt, fliegt aus der Partei. Außerdem waren nur Lumpenproleten in der KPD.

Bereits nach dem dritten Diskussionsredner, die sämtlich den Parteivorstand und den Genossen Ziegler angegriffen hatten, wurde die Diskussion abgebrochen. Die Mitglieder brachten eine Resolution ein, die gegen die Notverordnung und den Parteitag, der diese Notverordnung duldet, schärfsten Protest erhebt und den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion auffordert, die Notverordnung zu Fall zu bringen. Bereits bei der Verlesung der Resolution, die gegen drei Stimmen angenommen wurde, kamen Zwischenrufe: „Die geht ja doch in den Papierkorb!“ — „Ist ja alles Scheiße!“ usw., die offen zeigten, wie die Stimmung in der SPD-Mitgliedschaft ist.

Des Prahlhelms kläglicher „Sieges“zug

Der Breslauer Prahlhelm glaubte gestern Abend einen „Sieges“zug, Kadejusch unter größter Anteilnahme der Bevölkerung vom Stapel laufen zu lassen anzusehen. Man rühmte die Werbetrommel und siehe, je alle, alle — kamen nicht.

Ganze 23 Gruppen sogenannter Mischhelme, von denen nur die wenigsten die Front gesehen haben werden, dagegen die Mehrzahl Stuppenbullen waren, 8 Gruppen Jungstahlhelm, 2 Gruppen Waffschbedeckung und ganze 6 Gruppen Wehrsport konnte der Prahlhelm auf die Beine bringen. Da die Nazioten zu gleicher Zeit im Schießstand einen Humpelmännchen auftreten ließen, fehlte der sonst so übliche Song: „Deutschland erwache, Juda verrede.“ Da man von der „Liebevollsten“ Begrüßung durch Breslaus Arbeiterschaft genug hatte, so zog man nur von der Kaiser-Wilhelm-Straße nach dem alten Feldfriedhof.

Aus Rücksicht auf die Stahlhelmbanden hatte die Polizei fürsorglich die Kundgebung der revolutionären Jungarbeiterjugend am Neumarkt verboten, um zu verhindern, daß diese deutschen „Helden“-Jünglinge etwa Bekanntschaft mit den Häupten junger Proleten machen könnten.

Marristische Arbeiterschule

Donnerstag, den 11. Juni, 18 und 19 Uhr im Lokal Mosler, Akerstraße 20, Fortsetzung des Kursus Russisch. Lehrbücher von Kuryschen, die nicht mehr am Kursus teilnehmen, sind im Kursuslokal an Genossin Wiesner abzugeben. — Um 20.30 Uhr Deutsch-Kursus. Teilnehmer hierzu können sich noch melden.

Dell. „Halt dich fest, Harold!“ Der neueste Harold. 2100 b. Tonfilm. Ein Wirbel von tollen Einfällen. Schwindel erregend die Fassadenkletterei im Wolkenkratzer. Das gleiche Männchen mit der Kreisfuge überwindet alle Widrigkeiten. Selentig turnt es sich durch die Fährnisse des Lebens. Ein Film voll grotesker Epöche, spannend bis zum Ende. — Die „Wochenschau“ ist völlig auf „Drittes Reich“ zugeschnitten: Parademarsch, Hindenburg, Ehoralgesang eines Wählammelweins, Hindenburg, Ehrenmalweife, Hindenburg und nochmal Hindenburg. M.

Wahrheits Lüge faschistische Methoden bei der Straßenbahn

Reformistisch-christliche Betriebsratsmehrheit stützt ihn dabei — Schwäche der roten Betriebsräte

Seit längerer Zeit führt die Leitung der Straßenbahnwerkstatt Maßnahmen gegen die Arbeiter durch, welche Strafgelungen gleichkommen. Baurat Lüdde hat bis dato immer verstanden, die Strafgelasse seiner Untergebenen für notwendig zu halten, um das „Aer“ Arbeiter zu händigen. Die soziale Zusammensetzung all dieser, die glauben, auf Grund ihres Vorgesetztenverhältnisses die Arbeiter beinigen zu müssen, sind zu 75 Prozent proletarische Elemente, zu 20 Prozent Kleinbürgerliche Spieler (Beamte, Angestellte), zu 5 Prozent Intellektuelle (Akademiker). Ein Teil dieser proletarischen Elemente sind sich ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse nicht bewußt, ebenso wie die Kleinbürger (Beamte und Angestellte) es stillschweigend „Vergehen“ eines Arbeiters mit den Akademikern für die Entlassung des Arbeiters „kämpfen“. Interessant ist dabei festzustellen, daß die Mehrheit der proletarischen und Kleinbürgerlichen Vorgesetzten freigewerkschaftlich organisiert sind. Das bedeutet, daß sich diese Leute zu Trägern der Ideologie jener Verbände machen, die da heißt Wirtschaft „demokratie“. Ein Teil ist in den christlichen Gewerkschaften organisiert. Baurat Lüdde versucht nun mit diesen Vorgesetzten beider Richtungen die Arbeiter zu terrorisieren und zu immer größerer Arbeitsintensität bei sinkenden Löhnen anzutreiben.

Seine besten Stützen dürften dabei die Herren E d e r t, A d e r m a n n, S c h a f f e r und der juristische Berater Oberstadtsinspektor L u d w i g sein. Die Methoden, die von diesen Leuten ausgehend angewandt werden, um mißliebige Arbeiter zu bestrafen oder zu entlassen, sind verschiedenster Art. Einige Beispiele: In letzter Zeit konstruiert man mit Hilfe des Vertrauensarztes Dr. W a c h die Dienkuntauglichkeit solcher Arbeiter, die eine längere Zeit krank waren. Mit welcher Leichtfertigkeit dabei zu Werte gegangen wird, spottet jeder Beschreibung. Ein Arbeiter hatte im Jahre 1927 einen Unfall durch einen Herabfallenden Ast während der Arbeitszeit erlitten, war dadurch eine Zeitlang krank und wurde von Professor Martus 10prozentig invalid geschrieben. Seit dieser Zeit war der Arbeiter nicht mehr krank, hat sich auch über keine Arbeit beschwert, wurde neuerdings von Professor Martus für gesund befunden und ihm die 10 Prozent Invalidität abgeschrieben.

Die Verwaltung aber ließ diesen Arbeiter, um ihm angebotlich eine andere Arbeit zu beschaffen, von ihrem Vertrauensarzt Dr. W a c h untersuchen, und dieser fand den Arbeiter für dienkuntauglich; darauf wurde dem Arbeiter gekündigt.

Solche Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Eine andere Methode: Kommt ein Arbeiter, zermürbt von dem ewigen Rechnen zur Aufteilung des Lohnes, nach dem Lohntage in die Arbeit und kann einmal die schwere Arbeit nicht wie üblich verrichten, so wird er so lange schikaniert, bis er, nervös geworden, große Antworten gibt. Schnell konstruiert daraus der Vorgesetzte „ungebührliches“ Verhalten oder gar Trunkenheit; denn ein großer Teil Vorgesetzter ist in seinen Äußerungen den Arbeitern gegenüber wenig zimperlich, aber in der Entgegennahme von Äußerungen der Arbeiter sehr empfindlich. Also wird eine Meldung gemacht, und Baurat Lüdde hat wieder einmal die Freude, einen Arbeiter zu bestrafen oder zu entlassen, je nachdem, wie Herr Ludwig es für ratsam findet. Aus diesem letzten Beispiel, das man in veränderter Form noch vielfach aufzeigen kann, müssen die Straßenbahner lernen, daß solche Methoden folgendes Ziel haben:

1. Mißliebige Arbeiter zu bestrafen und zu entlassen.
2. Die Arbeiter einzuschüchtern, um aus ihnen das letzte Mark an Arbeitskraft auspumpen zu können.
3. Durch Erzeugung solcher Zustände den Arbeitern den Glauben an ihre Betriebsvertretung und die Kraft der Arbeiterklasse zu rauben.

Wenn nun der Straßenbahner sich diese drei Dinge durch den Kopf gehen läßt, so wird er sich fragen, wie solche Zustände überhaupt eintreten konnten. Dazu ist folgendes zu sagen: Baurat Lüdde, der am 1. Mai 1919 hinter den roten Rahmen der Gewerkschaften marschierte, glaubt mit seinen Akademikern das Herannahen des Dritten Reiches zu fühlen. Um nun den Arbeitern auch das Herannahen des Dritten Reiches spürbar zu machen, greift er mit Hilfe der christlichen und freigewerkschaftlichen Vorgesetzten zu oben angezeigten Methoden. Interessant ist dabei zu beobachten, wie die christlichen und freigewerkschaftlichen Vorgesetzten wettern im Ausdenken und Durchführen solcher Methoden, um ihre Positionen auch im Dritten Reich zu halten oder je nach der Skrupellosigkeit ihres Vorgehens weiter auszubauen. An dieser Tatsache zeigt sich, daß diese Leute, welche, wie schon gesagt, die Träger der Ideologie jener Verbände sind, sich immer mehr faschieren. Wie steht nun der Betriebsrat zu diesen Dingen? Das läßt sich bei dem Betriebsrat der Straßenbahnwerkstatt nicht in einer Linie beantworten, da die Zusammensetzung desselben aus drei Gruppen besteht: 1. aus Gesamtverbändlern, 2. aus einem Christen, 3. aus KPD-Leuten.

Die Gesamtverbändler und Christen im Betriebsrat müssen ihre Aufgaben lösen infolge der Ideologie ihrer Verbände in Verbindung mit den Trägern derselben. Das heißt, diese Betriebsratsmitglieder

dürfen die Gesamtbelegschaft nicht zum Protest gegen die Methoden ihrer Vorgesetzten-Verbands„Kollegen“ aufwiegen; denn das würde die Gefährdung der Positionen jener Verbände„Kollegen“ bedeuten und damit die Festigung der Ideologie vom Eindringen in den Staatsapparat durch Erlangung von Positionen, um so die Volksmaschinerie in die Hand zu bekommen. So versuchen diese Betriebsrats-Mitglieder unter Wahrung der eigenen Position den einzelnen bestrafte Belegschaftsmitgliedern durch Zureden oder Verhandeln mit der Verwaltung oder auch manchmal durch Führung von Protesten am Arbeitsgericht zu helfen. Wie weit die Verwaltung unter Führung von Baurat Lüdde diese Schwäche des Betriebsrates erlanni hat,

zeigen die Terrormaßnahmen Baurats Lüddes, welche zum Teil die Unterstützung des „Aner“ Stadtrats Schramm finden, gegen die Betriebsratsmitglieder. Jedes Sich-entfernen eines Betriebsratsmitgliedes vom Arbeitsplatz wird mit Lohnabzug bestraft, wenn das Betriebsratsmitglied nicht gleich Auskunft über den Zweck seines Verbleibens gibt.

Die erlante moralische Schwäche des Betriebsratsvorsitzenden Strachotta treibt die Verwaltung immer zu weiteren Maßnahmen gegen Belegschaft und Betriebsrat. Diese Schwäche des Betriebsrates, welche sich aufbaut auf der Ideologie des Gesamtverbandes und der Christen, zu welcher aber auch noch die moralische Qualität eines Strachotta beiträgt, erleichtert dem Baurat Lüdde die Durchführung der faschistischen Methoden. Die dritte Gruppe im Betriebsrat, die roten Betriebsräte, haben wiederum im Betriebsrat auf die Notwendigkeit einer Protestversammlung der Belegschaft gegen die Maßnahmen der Verwaltung hingewiesen und dieselbe gefordert. Sie haben wiederholt Anträge im Interesse der Belegschaft gestellt, die Gegenstand einer Sitzung mit der Verwaltung sein mußten. Die reformistisch-christliche Betriebsratsmehrheit hat bis dato verstanden, diese Sitzung zu sabotieren, um Herrn Stadtrat Schramm und der Verwaltung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die Schwäche der roten Betriebsratsmitglieder ist hauptsächlich das noch zu wenige Erfassen der Mehrheit der Straßenbahner für ihre Forderungen und die in letzter Zeit zunehmende konsequente Bekämpfung der Ideologie der Betriebsratsmehrheit. Dadurch war und ist es dieser Mehrheit möglich, die Straßenbahner auf eine bessere Zeit zu verfrachten.

Alle Straßenbahner, die schon jetzt diese Leute erkannt haben, müssen sich in der KPD. organisieren und so den Kampf der roten Betriebsräte unterstützen, der auf einer breiteren Basis immer erfolgreicher sein wird.

Ost-West

Spielen am Freitag, dem 12. Juni, auf dem Union-Bader-Platz am Bergkeller. Beginn des Spieles um 18 Uhr. Vor diesem Spiel steigt ein Treffen zweier Jugendmannschaften. Billige Eintrittspreise, versprechen einen Massenbesuch und bitten wir sämtliche Arbeitersportler zu erscheinen, da wir den Ueberstich der JAG. überweisen.

Trebnitz

Polizeimeister Malekweja rächt sich mit Hilfe der Justiz

Der allen Arbeitern von Trebnitz und Umgebung „rühmlich“ bekannte Polizeimeister Malekweja nimmt jetzt zum Kühlen seines Zornes gegen die revolutionäre Arbeiterschaft die Klassenjustiz in härterem Maße in Anspruch. Zu Silvester vorigen Jahres war im Lokal „Gelber Löwe“ ein Streit zwischen dem Wirt und dem Kellner einerseits und den Gästen andererseits entstanden. Polizeimeister Malekweja sah nun die Gelegenheit gekommen, sich an Arbeitern, auf die er schon lange schaf hatte, zu rächen. Er erstattete gegen die Arbeiter Anzeige, die nun wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt vor dem Klassenrichter standen. Unnötig zu betonen, daß nur die Zeugen geladen waren, die belastende Aussagen machten, während diejenigen, die entlastende Aussagen gemacht hätten, alle erkrankt waren. Während der Amtsamkeit gegen den Genossen Leister einen Monat Gefängnis beantragt hatte, ging das Gericht über diesen Antrag hinaus und erkannte auf drei Monate Gefängnis. Dieses hohe Strafmaß findet seine Erklärung, wenn man sich an die Worte Malekweja's: „Ich werde dem Kellner eins auswichen!“ erinnert. Kommentar siehe Notverordnung!

Die Breslauer Johanneszeitung ist erschienen. Sie enthält eine große Anzahl interessanter Bilder, viele lustige Aufsätze und das vollständige Programm des vierzehn Tage dauernden 6. Breslauer Johannesfestes. Die Zeitung ist ab morgen bei den Zeitungshändlern zu haben und wird auf Wunsch gegen 20 Pfennig Voreinsendung von der Annoncen-Expedition Landberger, Königstraße 2, auch nach außerhalb versandt.

5 Millionen Arbeiter stehen vor schweren Kämpfen!

Nur der geschlossenen Solidaritätsaktion des Proletariats wird es gelingen, die Angriffe der Kapitalisten siegreich abzuwehren! Darum alles heraus zum

Solidaritätstag der IAH. am Sonntag, 14. Juni

Programm:

Ab 12.30 Uhr Werbestraßenlauf der Arbeitersportler. 13.30 Uhr Kundgebung auf dem Schloßplatz. Nach der Kundgebung Massendemonstration nach dem Lunapark. Im Lunapark, Gartenveranstaltung: Turnerische Vorführungen, Konzert, Kinderbelustigungen; anschließend im Saal: Proletarischer Abend: Rezitationen, Turnerische Vorführungen, anschließend Tanz.

Antreten der Stadtteile um 12.15 Uhr. Ost: Königgräber Straße. — Zentrum: ... — West: Striegauer Platz. — Nord: Weihenburger Platz. — Süd: Friedrichsplatz. — Nordost: Girsch, Ede Bodstraße.

Hast du schon die Solidaritätsplakette? Es wird höchste Zeit!

Rund um den Erdball

Kollektivwirtschaftler der Kollektive „Proletarischer Weg“ schreiben:

„Bis aufs Blut beutete man uns früher aus“

Macht Gebrauch von den Erfahrungen der sowjetrussischen Kleinbauern

Woronesch im Juni 1931.

Teure Klassengenossen, wertvolle Bauern Deutschlands!

Wir Kollektivwirtschaftler der Kollektive „Proletarischer Weg“ bei Woronesch begrüßen die Möglichkeit, durch das Zentralorgan unseres Gebietes, also die Redaktion der Zeitung „Kommuna“ mit Euch, Deutsche Bauern, in Briefwechsel zu treten. In diesem unseren ersten Brief wollen wir Euch mitteilen, wie es uns unter der Zarenregierung ging und wie wir heute leben.

In der Zarenzeit arbeiteten wir von frühester Kindheit an als Landarbeiter entweder bei der Gutsherrin Kajsenskaja oder bei den Großbauern unseres Dorfes. Diese sahen auf uns wie Sklaven und beuteten uns bis aufs Blut aus. Selbstverständlich taten sie nicht das geringste für unsere geistige Entwicklung. Das Programm der Schule, in der wir lesen und schreiben lernten, war so eingestellt, daß wir zu unterwürfigen Menschen herangezogen wurden, die ihre Peiniger und Ausbeuter sogar noch lieben sollten.

Aber da kam die Oktoberrevolution und machte uns zu den Herren des Landes. Unter Leitung der Kommunistischen Partei gründeten wir im Jahre 1925 eine Land-

wirtschaftliche Genossenschaft aus 13 Wirtschaften. Wir waren sehr arm. Nur 6 von diesen 13 Wirtschaften hatten ihre eigenen Säbten, und nur 5 hatten eine Kuh. Zugvieh hatte niemand. 1927 erhielten wir vom Arbeiterstaat ein langfristiges Darlehn, das wir unter uns verteilten. Im Jahre 1930 besaß unsere Genossenschaft schon 8 Zugtiere, und jede Wirtschaft hatte ihre Säbte und eine Kuh. Außerdem erhielten wir noch vom Staat einen Traktor, eine Dreschmaschine und andere landwirtschaftliche Geräte.

Im Frühjahr 1930 schloß sich unsere Genossenschaft einer großen Kollektivwirtschaft an, die auch unsere Schulden übernahm. Steuern haben wir in den 13 Jahren der Revolution nie bezahlen brauchen. Die Mittelbauern zahlten Steuern, jedoch ganz unbedeutende Summen. Mindestens zweimal weniger als unter der Zarenherrschaft. Die Sowjetmacht bringt den Kollektivwirtschaftlern Hilfe in Form von Darlehn und landwirtschaftlichem Inventar.

Die kollektive Feldbebauung erleichtert uns unsere Arbeit, wie wir es früher nicht geglaubt haben. Wir haben nun Zeit, uns mit der geistigen Ausbildung zu befassen. Wir Briefschreiber waren früher fast alle Analphabeten und politisch ganz unwissend. Auch die Frauen haben sich unter diesen Verhältnissen gut entwickelt. Wir Männer und unsere

Jugend sind durch die Bank bereits alle Freidenker, und unter unserem Einfluß werden es auch immer mehr Frauen, trotz der Kulakagitatorion, die mit allen Mitteln den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg unseres Kollektivs verhindern wollen.

Zawohl, deutsche Klassengenossen, wir mühten vieles durchzumachen, bis wir es zu diesen Errungenschaften brachten! Nun aber führen wir das einmal begonnene Werk mit Begeisterung und eifriger Entschlossenheit zur endgültigen Vollendung. An Euch aber richten wir die Aufforderung, macht Gebrauch von den Erfahrungen der sowjetrussischen Kleinbauern. Schreibt uns näheres über Euer Leben, stellt uns Fragen über alles, was Euch aus unserem Leben interessiert. Da wir selbst nicht deutsch verstehen, schreibt uns unter folgender Adresse:

Woronesch U.S.S.R., Redaktion „Kommuna“ Internationales Büro.

Mit proletarischem Gruß
Die Mitglieder der Kollektivwirtschaft „Proletarischer Weg“ (14 eigenhändige Unterschriften).

Wann geht der erste deutsche Bauernbrief nach Woronesch?

Schweres Baunglück im Kreise Soldin

Vier Bauarbeiter getötet

Stettin, 9. Juni. Ein schweres Baunglück ereignete sich beim Abbruch einer Gutscheune in Müllenthin im Kreise Soldin. Dort löste sich plötzlich ein großes Mauerstück, das auf vier am Fuße der Mauer arbeitende Bauarbeiter herabstürzte. Drei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet. Ein vierter starb auf dem Transport ins Krankenhaus.

Mordauflärung nach neun Jahren

Friedland (Meckl.) 9. Juni. Am Montagabend wurde unter Nordverdacht der hiesige Fuhrmann Franz Krauel verhaftet. Im Sommer des Jahres 1922 war der bei der hiesigen Stadtverwaltung angestellte Feldwächter Karl Stätig eines Nachts, als er einen Kontrollgang durch die Felder machte, plötzlich verschwunden. Man fand ihn später als Leiche auf einem Rübenfeld auf, konnte jedoch die Todesursache nicht feststellen, da die Leiche stark in Verwesung übergegangen war.

Man vermutete ein Verbrechen. Nun hat die Ehefrau des verhafteten Krauel gestanden, daß ihr Ehemann im Jahre 1922 den Feldwächter, als er bei einem Felddiebstahl überrascht wurde, erschlagen habe. Krauel wurde daraufhin verhaftet. Der Oberstaatsanwalt aus Neustrelitz hat daraufhin sofort die Untersuchung eingeleitet.

Friedländer Mörder erhängt sich im Gefängnis

Wie aus Friedland in Mecklenburg gemeldet, wurde am Montag nach fast zehn Jahren der Mord an dem Feldwächter Stätig durch das Geständnis der Ehefrau des Fuhrmanns Franz Krauel aufgeklärt. Krauel wurde verhaftet. In der Nacht zum Dienstag hat der Täter im Gefängnis durch Erhängen Selbstmord verübt.

Die Eisenbahnkatastrophe in Oberschlesien



Wie bereits gemeldet wurde, stießen bei Brynnek in Oberschlesien auf offener Strecke zwei Züge in voller Fahrt zusammen. Der Lokomotivführer wurde getötet, zwölf Passagiere schwer und 15 leicht verletzt.

Fürstlich bezahlter Strohdrescher

Der konservative englische Parteiführer Winston Churchill begibt sich im kommenden Herbst auf eine zehn Wochen dauernde Vortagsreise nach Amerika. Churchill wird 45 Vorträge halten, die ihm insgesamt mit 180 000 Mark honoriert werden. Also 4000 Mark pro Vortrag. Da sag noch einer, daß Strohdrescher nicht gut bezahlt wird.

Vom tollwütigen Hund angefallen

Die Ehefrau des Villenbesizers Hennig in Seilersdorf bei Fürstberg wurde beim Baden von ihrem Schäferhund angefallen. Der Hund zerflechte der Frau den rechten Oberarm, und sie mußte in eine Klinik überführt werden. Der Hund wird auf Tollwut untersucht.

Arbeitersender

Der neue „Arbeitersender“ nagelt einen neuen Berliner Rundfunkstand, den rigorosen Zensuringsriff gegenüber der Diskussion Friedrich Herzig über „Idealismus und Materialismus“, besonders fest. Herzig nimmt der „Arbeitersender“ zur neuen Rotterdamer Stellung, die sich auch im Rundfunk auswirkt.

Verantwortlich: Richard Krause, Berlin.



Grauenhafte Enthüllung eines Frauenmordes in Oesterreich

Die Freundin ermordet und zerstückelt

Der unheimliche Reisekorb — Widerprechendes Geständnis des Täters

Linz, 9. Juni. Nach einer Meldung aus Nied im Gaukreis wurde am letzten Weihnachtsabend in dem Gebirgsstädtchen Andorf ein grauenhaftes Verbrechen verübt, das jetzt erst aufgeklärt werden konnte. Vor den Geschworenen des Kreisgerichts Nied steht der 51jährige pensionierte Postverwalter Johann Grüneis unter der Anklage, seine Freundin, die 33jährige Ernestine Mayer, mit der er in gemeinsamem Haushalt lebte, am Weihnachtabend 1930 ermordet und die Leiche zerstückelt zu haben.

Grüneis, der sich bereits seit längerer Zeit in Haft befindet, legte bisher mehrere sich widersprechende Geständnisse ab. Zuerst gab er an, er sei mit seiner Freundin in Streit geraten. Sie habe ihm dabei einen Schlag auf den Kopf gegeben, worauf er bewußtlos geworden sei. Als er dann wieder zu sich kam, habe er das Mädchen wachend am Boden liegen gesehen. Später widerrief

er das erste Geständnis, dafür gestand er jetzt, daß er die Mayer durch einen Stich in den Hals getötet habe. Ueber den Verbleib des Leichnams befragt, führte Grüneis nach längerem Sträuben die Untersuchungsbeamten in ein Lagerhaus, in dem er früher als Buchhalter tätig gewesen war. Dort fand man in einer Ecke versteckt einen großen verstaubten Reisekorb, der bei näherer Untersuchung den bereits stark in Verwesung übergegangenenen Kumpj und die abgeschnittenen Arme der Ermordeten enthielt. Im März d. J. fand man dann weiter unterhalb der Dttbahnbrücke im Wiener Donaufanal einen weiblichen Oberschenkel, der später als zur Leiche der ermordeten Mayer gehörig erkannt wurde.

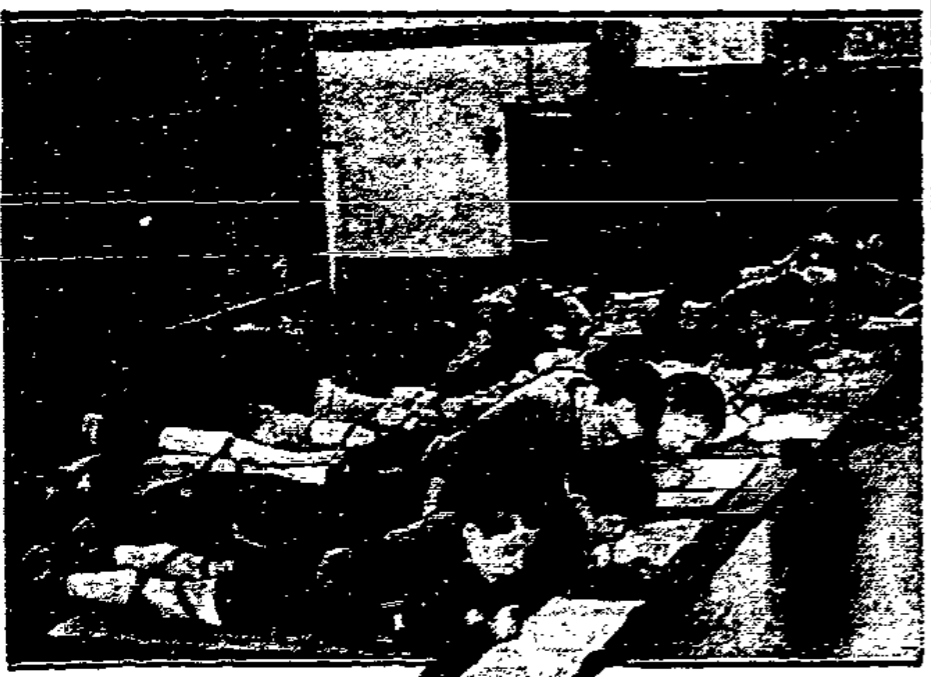
Unter der Wucht dieser gräßlichen Beweistüde brach Grüneis vollkommen zusammen. Rückhaltlos bekannte er nun, seine Freundin ermordet und den Leichnam zerstückelt zu haben. Zuerst habe er den Kopf abgetrennt, dann die Beine abgeschnitten und an den Hüftgelenken die Oberschenkel ausgelöst. Kopf und Füße verpackte er in einen Karton, die übrigen Teile in den Reisekorb. Mit dem Karton fuhr er nach Linz und warf ihn dort über die Donaubrücke ins Wasser. Um sein Verbrechen zu verschleiern, schickte er den Verwandten der Ermordeten Karten mit der Unterschrift der Toten. Der Mutter seines Opfers teilte er brieflich mit, daß ihre Tochter mit einem jungen Mann durchgebrannt sei.

Nach Aussagen von Nachbarn hat Grüneis am Weihnachtsabend noch seine Freundin mit Schuhen, Strümpfen und anderen Kleinigkeiten beschenkt. Als sie am anderen Tage verschwunden war, verbreitete Grüneis das Gerücht, sie sei abgereist. Einige Wochen später kam jedoch eine andere Frau als Wirtschaftlerin zu Grüneis, die er als die Schwester der Mayer ausgab. Die neue Wirtschaftlerin, von Nachbarinnen befragt, mußte jedoch nichts von einer Schwester, die ihre Vorgängerin bei Grüneis gewesen sein sollte. So wurde der Verdacht rege, daß Grüneis seine ehemalige Freundin beseitigt habe. Die polizeilichen Nachforschungen brachten dann endlich die Enthüllungen des grauenhaften Verbrechens.

Kleine Mama ...

Im Hanauer Krankenhaus wurde dieser Tage eine 22jährige Patientin von Zwergwuchs — sie ist kaum größer als ein fünfjähriges Mädchen — von einem Kinde entbunden. Diese Geburt wurde durch Kaiserschnitt bewerkstelligt und verlief glatt und ohne nachteilige Folgen. Das Kind ist völlig normal, wie auch sein Vater und die Eltern und Geschwister der Zwergmutter völlig normal gewachsen sind.

Schulunterricht — auf dem Bauche



Im Krüppelheim Birkenhof bei Berlin-Spandau sind zahlreiche Kinder aufgenommen worden, denen man durch verständnisvolle Pflege und Behandlung ihr schweres Los erleichtern will. Interessant ist eine Schulkiste, in diesem Heim: die Kinder liegen mit dem Bauche auf dem Boden, da durch diese Körperlage dem Gebrechen entgegengewirkt wird.

Waldenburger Bergland

Wie „herrlich welt“ wir es gebracht haben!

Ein Bergarbeiter mit Frau und neun Kindern soll die Woche mit 15 Mark auskommen

Bürgerlich-sozialdemokratische Gemeindevertretung beschließt einstimmig, daß diesem Bergarbeiter auch noch wöchentl. 5 Mark für Steuern gepfändet werden

Eine neue Notverordnung ist heraus. Herr Brüning, der Hungerkanzler, ist der Auffassung, daß das deutsche Proletariat sich seit der letzten Notverordnung im Kohlbampfchieben so weit vervollkommen hat, daß ihm unbefangener Hunger auftritt und werden kann. Daß die Zahl der sogenannten Selbstmorde täglich zunimmt, daß Raub- und Straßenüberfälle aus Hunger immer mehr überhand nehmen, auf alles dieses weist Herr Brüning, im Vertrauen darauf, daß ihm die Sozialdemokratie auch weiter helfen wird, der arbeitenden Bevölkerung das Brot vom Munde wegzustehlen. Heute erhielten wir wiederum eine Zuschrift, die einen geradezu aufreizenden Fall des Hungerzustandes schildert, wie er sich herausgebildet hat. Dieser Fall verdient als Flugblatt in Millionen Exemplaren verbreitet zu werden, an ihm das Ungeheuerliche anzudeuten, das in dem Erlaß der neuen Notverordnung zum Ausdruck kommt.

Der Bergarbeiter Zahlt in Reichenbach arbeitet auf der Melchiorgrube. Er verdient vor kurzem noch etwa 140 Mark den Monat. Infolge vermehrter Feiertage hat sein Lohn soweit, daß ihm wöchentlich nur ein Abgang von 20 Mark gezahlt wurde. Nun hat es die Gemeinde fertig gebracht, ihm von diesen 20 Mark noch fünf Mark mit Beschlag zu legen, so daß ihm ganze 15 Mark verbleiben. Bei der schweren Arbeit, die die Pumps zu verrichten haben, würde der Betrag von 15 Mark schon für ihn allein bedeuten, daß er zu hungern gezwungen wäre.

Aber er muß mit den 15 Mark nicht nur für sich selber sorgen, sondern hat eine eifrigste Familie zu ernähren und zu betreiben.

Im ganzen hat dieser Bergarbeiter sogar 12 Kinder. Drei davon hat er, da sie aus der Schule entlassen sind, bei einem Bauern unterbringen müssen, wo sie neben dem Essen noch einen kleinen nennenswerten Lohn beziehen. Die anderen neun Kinder sind im Alter von 1 1/2 bis 13 Jahren. Alle diese soll er mit 15 Mark die Woche kleiden und bestücken.

Das sind pro Kopf 1,26 Mark die Woche oder 19,4 Pfennig pro Kopf und Tag.

Daraus ergibt sich, daß der Verdienst, den Zahlt auf der Grube verdient, nicht einmal den Satz erreicht, den er auf Grund seiner Familie aus der Fürsorge beziehen müßte; denn dieser beträgt monatlich 151 Mark.

Nun hat aber Zahlt das zweifelhafte „Glück“, Hausbesitzer zu sein. Die Gemeinde hat ihm seinerzeit ein Siedlungshaus aus öffentlichen Geldern gebaut. Zahlt hat dieses Haus im Jahre 1923 bezogen. 1924 wurde dieser Kauf annulliert und seine bezahlte Summe mit 16 Goldpfennigen abgerechnet. Dann wurde ihm das Haus wiederum für 900 Goldmark verkauft, wozu noch 200 Mark für eine

Wasserleitung hinzukamen. Zahlt muß daher jetzt 1100 Mark mit 7 1/2 Prozent verzinsen, ohne Amortisation. Es versteht sich von selbst, daß er bei einem solchen Verdienst nicht in der Lage ist, die Grundvermögenssteuer zu bezahlen. Aber sowohl der Gemeindevorstand als auch die Gemeindevertretung beschließen einstimmig, daß Zahlt für seine Steuer gepfändet werden sollte. Für diese Pfändung stimmten sowohl die SPD., als auch die Nazivertreter, die der Gemeindevertretung angehören. Sein Antrag, die Steuer niederzuschlagen, wurde einstimmig abgelehnt. Heute ist es in der Familie schon so, daß sich die Kinder, um nicht zu verhungern,

um ein paar Kartoffelchalen herumprügeln müssen.

Aber das alles hinderte die Gemeindevertretung nicht, einen beratig ständischen Beschluß zu fassen.

Soweit der Tatbestand, wie er uns über diesen Fall berichtet wird. Es ist gewiß nicht notwendig, hier einen langen Kommentar anzufügen. Er redet eine so eindeutige, aber auch gleichzeitig aufreizende Sprache, daß ein Kommentar nur geeignet wäre, die Wirkung zu verfehlen. Aber man muß sich gegenüber solch ungeheuerlicher Not vor Augen halten, welcher Mut dazu gehört, wenn im Reichstag sich der fromme Innenminister Brüning hinstellt und erklärt:

„Das geschundene und geplagte deutsche Volk bedarf der christlichen Barmherzigkeit.“ Wie diese Barmherzigkeit aussieht, das geht aus diesem Vorfall sehr klar hervor. Und noch mehr Mut gehört wohl dazu, daß sich der „Genosse“ Otto Braun, Preußens Ministerpräsident, herbeilegt, diesem hungernden Kumpel dafür, daß er zwölf

Eine „feine“ Wohlfahrtschwester

Proletarierkinder sollen mit Brenneisen gefüttert werden

Schweidnitz. Die Frau eines Wohlfahrtsunterstützungsempfängers kommt mit ihrem ein Jahr alten Kinde in die Säuglingsfürsorge, weil es infolge der Unterernährung zurückgeblieben ist. Die Schwester Lotte vom städtischen Wohlfahrtsamt empfiehlt der Proletarierfrau, dem Kinde viel Gemüse zu geben. Die Frau erklärt der Schwester, daß sie nicht so viel Geld habe, um dem Kinde Gemüse zu geben, da die Wohlfahrtsunterstützung weder hin noch her reiche. Prompt erhält die Frau von der Schwester Lotte zur Antwort:

„Bliden Sie sich doch Brenneisen und geben Sie diese dem Kinde, die sind sehr gesund.“

Höher geht es nicht mehr. Wir empfehlen der Schwester Lotte, sich selbst einmal mit Brenneisen zu ernähren. Vielleicht nimmt ihr Körpergewicht noch mehr zu. Wir fragen den Herrn Oberbürger-

meister in die Welt geschickt hat, als Dank des Vaterlandes eine Dorsellantasse zu überreichen; denn es versteht sich von selbst, daß ein solches „Geschenk“ nichts anderes darstellt, als eine blutige Verhöhnung des armen Bergarbeiters.

Die Lage derselben hat sich in letzter Zeit darauf verzweigt, daß er buchstäblich vor dem Verhungern steht. Er versucht es beim Landrat, dem Sozialdemokraten Franz, zu erreichen, daß seine Lage geändert würde, aber der Herr Landrat war für den hungernden Kumpel nicht zu sprechen. Seine Kinder kann er nicht mehr in die Schule schicken, weil er nicht mehr in der Lage ist, sie zu bestreiten, damit sie überhaupt noch auf die Straße gehen können. Der evangelische Rektor Koller, an den sich die verzweifelte Frau wendete, erklärte, er würde sich dafür einsetzen, aber dann müßten sie in die Kirche eintreten und evangelisch werden, da die Familie schon lange aus der Kirche ausgetreten ist.

Haben wir es nicht wirklich weit gebracht in dieser famosen Hindenburg-Republik? Der Schandparagraph 218 muß unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben. Wer gegen ihn verstößt, kommt ins Zuchthaus. Sorgt aber eine Familie für möglichst viele Kinder, dann können sie sich um ein paar Kartoffelchalen prügeln und müssen trotzdem verhungern.

Vertätige, wehrt euch dagegen! Schließt euch der Kommunistischen Partei an. Schließt die Reihen der roten Front, damit es gelingt, solche Zustände endgültig zu beseitigen.

Rüstet zum Internationalen Solidaritätstag am 14. Juni!

Es nehmen alle revolutionären Organisationen teil und bereiten gut vor! Geschlossener Abmarsch der Ortsgruppen des unteren Reviers nach Hermsdorf-Gladitz. Dort 13.30 Uhr Abmarsch nach Gottesberg zur Demonstration. Gartenfest in Zellhammer, Magrauschacht! Nähere Bekanntmachungen erfolgen nach. Vertreibt Plaketten! Sorgt für Massenbeteiligung der Arbeiter!

meister Franke hiermit öffentlich an: Was denkt er gegen eine solche Schwester zu tun?

Hätte man das Geld, was man bei seiner Einführung als Bürgermeister verpulvert hat, dieser Proletarierfrau überwiesen, so brauchte sie nicht die Hilfe des Wohlfahrtsamtes in Anspruch zu nehmen.

Auf der einen Seite schmeißt man Tausende Mark für Freigang und Saufgelage hinaus, auf der anderen Seite müssen Proletarierkinder verrecken.

Erwerbslose, es ist an der Zeit, Schluß zu machen mit solchem System. Schließt euch zusammen in der roten Massenfront und kämpft mit der SPD. und AGD. für die Beseitigung dieses Ausbeuterkaates. Erst im sozialistischen Staate werden die Kinder der Proleten nicht Brenneisen, sondern tatsächlich Hilfe erhalten.

Niederschlesien

Görlitz

Achtung! Arbeitersportler!

Am Freitag, dem 12. Juni, 20 Uhr, im Saale „Wiesnicker Hof“, Kummerwitzer Straße,

öffentliche Versammlung.

Es spricht der Genosse Martini von der Landesleitung über das Thema:

Warum Opposition im Arbeitersport?

Sämtliche Mitglieder der revolutionären Organisationen sind eingeladen. Sympathisierende aus anderen Sportorganisationen sind mitzubringen.

Erscheint in Massen!

Liegnitz

Solidaritätstag der F.A.H.

Am Sonnabend, dem 13. Juni, 19 Uhr, findet auf dem Friedrichs-Denk eine Kundgebung für die F.A.H. statt. Um 20 Uhr im „Sommertheater“, Unterhaltungsabend. Anschließend Tanz. Plaketten für alle Veranstaltungen für 50 Pfennig bei allen Funktionären erhältlich.

Ab 1. Juli befindet sich das Büro der „Arbeiter-Zeitung“ nicht mehr Parkstraße 8.

Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe

Im Anschluß an die Beerdigung des Genossen Zahn am Sonnabend, wollten unsere Genossen geschloffen vom Friedhof zurückmarschieren. Schon war der Polizeiführer da, löste den Zug auf und nahm den Genossen Weiß mit auf die Wache. Wie schnell diese

Sallo! Unterbezirks- und Ortsleitungen

Werktätige, schart euch um die kommunistische Presse!

Unterbezirks-Konferenzen im:

1. Landesamt: Mittwoch, den 10. Juni, 20 Uhr, in Landesamt. Referent: Reichel-Langenbielau.

2. Bunzlau: Mittwoch, den 10. Juni, 20 Uhr, in Bunzlau. Referent: Geyer-Liegnitz.

3. Riesengebirge: Donnerstag, den 11. Juni, 20 Uhr, in Girschtberg. Referent: Reichel-Langenbielau.

4. Bollenhain: Donnerstag, den 11. Juni, 20 Uhr, in Striegau. Referent: Geyer-Liegnitz.

Zu erscheinen haben Pol- und Agitpropfleiter, Zeitungsobleute, Arbeiterkorrespondenten sowie Austräger der Zeitung. Fahrgehalt bis zum Tagungsort wird zurückerstattet.

Bezirksleitung Schlesien der SPD. Schließliche Verlagsgesellschaft m. b. H.

Gummiknüppelgarbe doch sein kann. Wenn Frierhervereine, Stahlhelmsbanditen oder Nazioten provokatorische Aufmärsche veranstalten, dann — ja dann haben es die Herrschaften nicht eilig. Nur wenn Proleten für sich das gleiche Recht in Anspruch nehmen, dann wird gleich mobilgemacht und frisch und froh verhaftet. Aber die Herrschaften dürfen sich darauf verlassen, daß sich die Arbeiter diesen Terror auf die Dauer nicht werden gefallen lassen.

Bunzlau.

Vom stürzenden Grabdenkmal schwer verletzt.

Während einer Begräbnisfeier stürzte hier auf dem Friedhofe plötzlich das Denkmal eines benachbarten Grabes um. Es fiel einer Frau auf die Beine. Man mußte sie schwerverletzt ins Krankenhaus bringen.

Hermsdorf

Die Arbeiterkammerkolonne

gibt hiermit zur Kenntnis, daß sie im Besitz von Krankenpflegeartikeln ist, welche an jedermann kostenlos verliehen werden. Abzuholen bei Genossen Erich B e z m a n n, Bahnhofsweg 17.

Der Unterstützungsaub geht weiter

Wieder über 20 Wohlfahrtsempfängern die Unterstützung entzogen bzw. gekürzt

Rosenau. Am Sonnabend vor acht Tagen erhielten 15 Unterstützungsempfänger, wie wir bereits meldeten, die Unterstützung entzogen. Die SPD. organisierte sofort eine Erwerbslosenversammlung, in welcher umfangreiche Kampfmaßnahmen beschlossen wurden. Die Forderungen, welche die Kollegen aufstellten, sind vom Magistrat restlos abgelehnt worden. Der Magistrat hat damit die Verantwortung für alle Folgen, welche aus dem Unterstützungsaub entstehen, übernommen. Am Donnerstag nahmen die Erwerbslosen erneut dazu Stellung. Der Bürgermeister hatte Wind bekommen und „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ die gesamte Landjägerrei der Umgebung herangezogen. So ging denn die Versammlung unter starker polizeilicher Bewachung vor sich. Es wurde beschlossen, die Kampffront zu erweitern. Zu diesem Zwecke finden in der kommenden Woche Besprechungen mit Kleingewerbetreibenden, Sozialrentnern und Betriebsarbeitern statt, um die Vorbereitung zur Wahl eines Kampfausschusses auf breiterer Grundlage zu schaffen. Der Kampf wird weitergeführt bis zum siegreichen Ende.

Die sozialdemokratische Dredschleuder mit ihrem Linterkull brachte einen Artikel, in dem wir Kommunisten als Lügner hingestellt werden. Wir hatten nämlich auf einem Flugblatt behauptet, daß 36 Wohlfahrtsempfängern die Unterstützung entzogen bzw. gekürzt worden sei. Die Dredschleuder hat recht! Wir haben uns getäuscht. Es sind nicht 36, sondern 40. Am Freitag bekamen wieder 23 diese Mitteilung. Diese Mitteilungen des Magistrats enthalten übrigens eine Provokation der Erwerbslosen sondergleichen. Steht doch zur „Begründung“ für die Ablehnung wörtlich folgendes drin:

„Nach Auffassung des Bezirks-Fürsorgeverbandes muß es Ihnen daher bei der jetzigen Jahreszeit möglich sein, bis zum 30. Juni eine passende Arbeitsstelle zu finden.“

Girschberg

Trostlose Aussichten im Riesengebirge

Der Bericht der Girschberger Industrie- und Handelskammer für den Mai läßt noch keine Besserung der trostlosen Wirtschaftslage erkennen. In der Textilwarenbranche ist die Lage nach wie vor sehr gedrückt, da bei der mangelhaften Kaufkraft der Massen der Absatz fehlt. In der Kristallglasindustrie, einer der Hauptindustrien des Riesengebirges, reichen die Aufträge zur Beschäftigung nur eines Teiles der Arbeiterschaft aus, so daß wahrscheinlich weitere Entlassungen erfolgen werden.

Das gleiche Bild zeigen aber auch alle anderen Industriezweige. In der Stahl- und Dolomit-Industrie war eine kleine Absatzbesserung für Baulast zu verzeichnen, die aber für eine wesentliche Besserung der Lage bei weitem nicht ausreichte. Es ist jetzt klar zu sehen, daß die Bauwirtschaft trotz aller Bemühungen in diesem Jahre nicht mehr angekurrt werden kann. Dies ergibt sich auch aus den Berichten über das Baugewerbe. Eisenhandel, Lebensmittelhandel und das Getreidegeschäft klagen übereinstimmend über geringen Umsatz.

Kommentar hierzu erübrigt sich. Den Erwerbslosen kann das nur Anlaß sein, sich nun erst recht mit verstärkter Kraft gegen den neuen Unterstützungsaub unter Führung der SPD. zur Wehr zu setzen.

Wir greifen an!

Am Sonntag unternahm die Partei einen Vorstoß in die Jagdschützenhochburg Neuhamer-Mobla. Der Erfolg war über Erwarten gut. Eine große Anzahl Parteiliteratur und „Arbeiter-Zeitungen“ wurden umgeworfen. Der Kampf geht weiter. Nächste Woche findet eine öffentliche Versammlung statt unter dem Thema: „Kampf den Notverordnungen.“

Wo bleibt der 2. Mann?

Die SPD. veranstaltet in der nächsten Zeit hier einen „Kampfbilanztage“. Man begründet dieses Vorhaben damit, daß „die Gegner (die Kommunisten) D. B.“ jetzt eine äußerst lebhaft propaganda entfalten. Auch fehlt diesen Leuten immer noch der zweite Mann. Sie müssen wohl an Gehirnschwund leiden, daß sie annehmen, durch derartige Maßnahmen die Proleten bei der Stange zu halten. Wo bleibt der zweite Mann? Er hat mit dem Rettungsboot den Panzerkreuzer verlassen mit dem Kurs zur SPD.!

Kampf den Faschisten!

Die Nazis weihen am 18. Juni in Rosenau ihre Fahne ein. Der Werkstätige hat mit dieser Brut nichts zu tun und bleibt dieser Veranstaltung fern. Proleten, seht euch die Geschäftslente an, die dieses Geheißel unterstützen, und laßt nur bei Deuten die in der „Arbeiter-Zeitung“ inserieren.

Die RGO. antwortet Brüning:

Voltsaktion gegen Voltsausplünderung

Reichskomitee der RGO. ruft auf zur Organisierung von Massenaktionen und Massenstreiks aller Werktätigen in Stadt und Land!

Das Reichskomitee der RGO. nahm sofort nach Bekanntgabe der Notverordnung zu ihrem Inhalt Stellung und unterbreitet hiermit den werktätigen Schichten in einer auszugswissen Zusammenfassung die wichtigsten, am tiefsten die Lebensinteressen der Arbeiterklasse gefährdenden Maßnahmen:

Das ist die Notverordnung

1. Unterstützungsraub an den Erwerbslosen

durch Herabsetzung der Unterstützungssätze von 0.40 bis 3.15 Mark pro Woche

Die Kürzung beträgt in den einzelnen Klassen:

Klassen	Unterstützungssatz bisher	Unterstützungssatz nach Kürzung
I	6.00 M.	0.40 M.
II	7.80	0.60 M.
III	8.80	0.80 M.
IV	9.87	1.05 M.
V	10.80	1.35 M.
VI	13.20	1.65 M.
VII	14.63	1.95 M.
VIII	15.75	2.25 M.
IX	17.85	2.55 M.
X	19.95	2.85 M.
XI	22.05	3.15 M.

2. Degradierung der Erwerbslosen zu Streikbrechern

Aufhebung des Streikrechtes und der Streikfreiheit durch Befreiung des Abs. 3 im § 90 WABG, der wie folgt lautet:

„Ein berechtigter Grund (zur Arbeitsverweigerung) liegt vor, wenn die Arbeit durch Ausstand oder Aussperrung frei geworden ist für die Dauer des Ausstandes oder der Aussperrung.“

Jeder Arbeitslose wird also gezwungen, bei Streiks und Aussperrungen in den betreffenden Betrieben Streikarbeit zu verrichten, andernfalls ihm die Unterstützung entzogen werden soll.

3. Einführung der Zwangsarbeit

durch folgende Bestimmung der Notverordnung:

„Für Arbeitslose über 21 Jahren kann die versicherungsmäßige Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden.“

4. Gänzlicher Raub der Unterstützung für die Jugendlichen

unter 21 Jahren, da ihnen nur Unterstützung zusteht, wenn sie keine unterhaltspflichtigen Angehörigen haben. Trotzdem müssen sie die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen.

5. Entzug der Unterstützung auch für die Frauen

durch die neue Bestimmung des § 107 d, der bestimmt:

„Verheirateten Frauen wird die Unterstützung nur gewährt, soweit sie bedürftig sind. Für die Prüfung der Bedürftigkeit gelten die Vorschriften der Krisenfürsorge.“

Das heißt: Wenn der Ehemann die Höhe der Krisenunterstützung noch erhält, hat die verheiratete Frau trotz gezahlter Beiträge keinen Anspruch auf Unterstützung.

6. Rückerstattungspflicht auch für gezahlte Krisenunterstützung,

die bisher nur für die Wohlfahrtsunterstützung galt.

7. Pfändung rückständiger Mieten durch Beschlagnahme der Hungerunterstützung

Mit der Unpündbarkeit der Unterstützung räumt das Brüningsgesetz auf, indem es dem § 175 folgenden Absatz IV anfügt:

„Soweit in besonderen Fällen dazu Anlaß besteht, kann der Beschlusse des Arbeitsamtes anordnen, daß ein angemessener Teil der Arbeitslosenunterstützung zur Begleichung des Mietzinses für die Wohnung des Arbeitslosen an den Vermieter angezahlt wird.“

8. Lohnraub an den Betriebsarbeitern und Angestellten

- a) Erhebung der Krisenlohnsteuer, die 1 bis 5 Prozent des Bruttolohnes beträgt, neben den bisherigen Abgaben.
- b) Durch Ermächtigung zur Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, was praktisch einen weiteren Lohnraub von 15 bis 20 Prozent bedeutet.
- c) Durch Aufhebung der Rückzahlungspflicht zu viel gezahlter Lohnsteuer.
- d) Für die Steinkohlenbergarbeiter durch Aufhebung der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung, ohne daß sie Anrecht auf Auszahlung ihres Beitragsanteiles von 25 Prozent haben. Ein offenes Geschenk an die Schlotbarone.

9. Liquidierung laufender Tarife zugunsten der Unternehmer und der Behörden

- a) Generelle Ermächtigung, daß bei Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich die Verminderung des Lohnes auch automatisch auf die Tarifverträge zutrifft, die zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung laufen.
- b) Die Ankerklauselung der Tarife für die Arbeiter im Reichsdienst und der Reichspost, mit dem Ziel, tarifliche Bindungen auszuhebeln, bei gleichzeitiger Kürzung der Löhne von 1 bis 4 Pfennig pro Stunde.

10. Gehaltsraub an den Angestellten und Beamten im Reichsdienst

Der Gehaltsraub an den unteren und mittleren Angestellten und Beamten beträgt, neben dem vor wenigen Monaten bereits durchgeführten Gehaltsraub, erneut

bis zu 3000 Mark 4 bzw. 5 Prozent und von 3000 bis 6000 Mark 5 bzw. 6 Prozent.

Im Gegensatz dazu werden den oberen Beamten nur Pfennige an ihrem Gehalt gestrichen und den hohen Pensionären (Generale, ehemalige Reichs- und Länderminister usw.) soll sogar eine Bittschrift durch die Regierung überreicht werden, damit sie freiwillig auf diese geringe für sie in Frage kommende Kürzung eingehen.

11. Verschlechterung der Arbeitszeitbedingungen

für die in Bädereibetrieben Beschäftigten durch die Bestimmung, daß das Nachtarbeitsverbot durchbrochen werden kann.

12. Völlige Beseitigung aller Kinderzulagen für alle Kriegsbeschädigten

mit einer Erwerbsminderung von 30 bis 40 Prozent, ferner Reduzierung der Ortszulagen um 41,5 Prozent und Beseitigung der Zulage für Ortsklasse D. Weiter wird mit einem Strich die Heilbehandlung für alle Kriegsbeschädigten unter 30 Prozent beseitigt.

13. Verdoppelung der Zuckersteuer

von 10,50 Mark auf 21 Mark, d. h. Besteuerung des Pfund Zuckers um 6 bis 7 Pfennige.

14. Erhöhung des Benzinzolls und des Petroleumzolls

pro Doppelzentner von 10 Mark auf 17 Mark. Die Unternehmer gehen schon dazu über, die Erhöhung durch Lohnraub an den Kraftwagenführern auszugleichen.

15. Vernichtung der letzten Reste der Selbstverwaltung

in den Kommunen durch Verschärfung der Aufsichtsbesugnisse der Länder über die Gemeinden. Der § 3 des Kap. 9 lautet:

„Uebersteigen die Ausgaben einer Gemeinde die Einnahmen, so hat die Staatsbehörde dahin zu wirken, daß der Ausgleich durch Senkung der Ausgaben erreicht wird. Soweit das nicht möglich ist, hat die Staatsaufsichtsbehörde dafür zu sorgen, daß alle zur Erhöhung der Einnahmen erforderlichen und zulässigen Maßnahmen ergriffen, insbesondere die gesetzlich zugelassenen oder vorgeschriebenen Steuern sämtlich im vollen Um-

fange ausgenutzt werden. Verweigert oder unterläßt eine Gemeinde die dazu erforderlichen Beschlüsse, so kann die Staatsaufsichtsbehörde diese Beschlüsse an Stelle der Gemeinde entweder selbst fassen oder durch einen besonderen Beauftragten (Staatskommissar) fassen lassen. Soweit und solange die Durchführung der Beschlüsse nötig macht, kann die Verwaltung der Gemeinden an Stelle der zuständigen Gemeindebehörde dem Staatskommissar übertragen werden...“

„Macht Sturm im Lande!“ so hieß es vor einigen Tagen im Aufruf der RGO. zur drohenden Notverordnung. Wir sagten euch:

„Kein Zweifel, dieser neue „Ausweg“ aus der kapitalistischen Krise, dieser Rettungsplan der Bourgeoisie, ist das Todesurteil für ungezählte Tausende. Die Massen der Armen, Kranken, Kriegskrüppel sollen sterben, damit die kleine Zahl der Reichen weiter auf dem Rücken des Volkes prassen und regieren kann.“

Das Reichskomitee der RGO. hat vorkehend eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte der Hungerbestimmungen der Notverordnung gegeben. Diese zeigen, in wie ungeheuerlichem Maßstab die einzelnen Schichten des werktätigen Volkes belastet und geknechtet werden sollen.

Diese Anschläge enthalten zugleich die verbrecherische Schuld der Sozialdemokratie und des ADGB, die nicht nur die Notverordnung bedenk, zu ihrer Durchführung der Brüningregierung in Leipzig jede Hilfe angeboten haben, sondern die darüber hinaus eine Reihe der Hungermaßnahmen wie die Krisensteuer und die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich vorschlugen.

Das Reichskomitee ruft:

Rehmt sofort in allen Betrieben und Stempelstellen, in allen Orten Stellung!

Betriebsarbeiter, macht die Betriebe streikfertig gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Bildet Kampfausschüsse auf breiterster Einheitsfront zur Organisierung des Massenstreiks!

Erwerbslose! Bebandet eure Massenaktionen gegen den Unterstützungsraub aufs engste mit dem Kampf der Betriebsarbeiter!

Angestellte und Beamte, schließt die gemeinsame Kampffront mit der Arbeiterschaft!

Sozialdemokratische und christliche Arbeiter! Nehmt euch ein in die rote Kampffront gegen Lohn-, Unterstützungs- und Rentenraub, unter Führung der RGO. und der RGO.!

Berlin, den 8. Juni 1931.

Reichskomitee der Revolutionären Gewerkschaftsopposition

Brünings Unterstützungsraub an den Tabakarbeitern

In der neuen Diktaturverordnung finden wir im ersten Kapitel unter dem Titel „Tabaksteuer“ den Satz: „§ 2 sowie § 3 gestrichen.“

Was heißt das? Wer nicht das Tabaksteuergesetz genau kennt, wird nicht dahinter kommen, welche ungeheuerliche Maßnahme in diesen paar Worten enthalten ist. Der Satz bedeutet nämlich:

Die Entschädigungen an die infolge des Tabaksteuergesetzes durch Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit geschädigten Arbeiter und Angestellten des Tabakgewerbes werden gestrichen.

Es handelt sich hier um etwa 40 000 Arbeiter, die dadurch ihre bisherige Entschädigung in Höhe von 75 Prozent des Lohnes, insgesamt etwa 50 Millionen Mark verlieren. — Aber der § 1 im Tabaksteuergesetz wird nicht gestrichen, er enthält nämlich die Verpflichtung des Reiches, die Unternehmer des Tabakgewerbes für Einschränkungen oder Stilllegungen ihres Betriebes zu entschädigen.

Für die Unternehmer hat Brüning weiterhin etwa 40 bis 50 Millionen im Jahr — für die Arbeitslosen keinen Pfennig.

Die infolge der Brüningschen Tabaksteuern arbeitslos gewordenen und nun der Sonderunterstützung beraubten Tabakarbeiter müssen sich der RGO. anschließen, die als einzige gewerkschaftliche Kampforganisation gemeinsam mit der Kommunistischen Partei gegen den ungeheuerlichen Unterstützungsraub kämpft.

Königsberger Hafenarbeiter streiten weiter

Königsberg, 2. u. 31. (Eig. Bericht)

Seit vergangener Woche liegt der Königsberger Hafen still. Heute morgen wurde in einer Streikversammlung der RGO., an der von insgesamt 400 Hafenarbeitern in Königsberg 254 teilnahmen, einstimmig die Weiterführung des Streiks beschlossen. In der vor einigen Tagen von der reformistischen Verbandsführung einberufenen Versammlung wurde trotz wütender Hege der Bürokraten gegen die RGO. mit Mehrheit ebenfalls die Weiterführung des Streiks beschlossen.

Nach den Hafenbetrieben sind 120 Streikbrecher vermittelte, dabei handelt es sich hauptsächlich um Studenten und ähnliche Angehörige der Technischen Rothilfe. Es sollten vom Arbeitsamt 200 Erwerbslose vermittelt werden, diese haben die Streikbrucharbeit abgelehnt. Daraufhin wurde diesen Erwerbslosen die Entziehung der Unterstützung angedroht. Trotzdem haben sich die Erwerbslosen nicht für die Streikbrecherei hergegeben. Das ist ein glänzendes Beispiel der Solidarität mit den Streikenden.

Für die Hafenarbeiter hat eine großzügige Solidaritätsaktion eingeleitet. Die ZNS. hat Küchen aufgestellt und die Hafenarbeiter werden dort mit Lebensmitteln versorgt. Die Unterstützungsstellen sind aber gesperrt worden durch Gemein-

lungen für die streikenden Königsberger Hafenarbeiter in allen Bezirken.

Von insgesamt 400 Hafenarbeitern haben 200 eine Zustimmungserklärung für den Eintritt in den roten Einheitsverband gegeben.

Der Streik steht unter einheitlicher Kampfführung. In der engeren Streikleitung sind neben vier RGO.-Mitgliedern vier Mitglieder des Gesamtverbandes, darunter 2 SPD.-Arbeiter. Die Gesamtstreikleitung, die aus 29 Hafenarbeitern besteht, ist ebenfalls zusammengesetzt aus RGO.-Mitgliedern und Mitgliedern des Gesamtverbandes, darunter eine Anzahl SPD.-Arbeiter. Die Streikleitung ist wirklich ein Organ der kämpfenden Einheitsfront der Hafenarbeiter.

Worte und Taten der SPD.

Unannehmbar, Herr Aufhäuser?

In der Diskussion auf dem Leipziger Parteitag der SPD. über das Thema „Überwindung des Faschismus“ führte nach dem Bericht des „Vorwärts“ der Reichstagsabgeordnete Aufhäuser in Berlin, folgendes aus:

„Ich stelle ausdrücklich fest, daß wir bereit wären, auch schwere Belastungen der Massen zu verantworten, wenn nur die Opfer der sozialen Krise höhergestellt würden. Aber unerträglich und unannehmbar wäre für uns die Beseitigung der Lohnsteuerrückzahlung, oder Beamtengehälterkürzung, neue Massenbelastung, wenn damit nicht einmal die Arbeitslosenversicherung lauter wird.“

Das war erst vor wenigen Tagen. Der Parteitag ist vorüber. Und jetzt? Die neue Diktaturverordnung bringt die Beseitigung der Lohnsteuerrückzahlung, die Kürzung der Beamtengehälter und insgesamt eine noch nie dagewesene Massenbelastung. Nach Herrn Aufhäuser ist das alles für die SPD. unannehmbar. Wird die SPD. also heute für die Einberufung des Reichstages stimmen, um die Diktaturverordnung zu Fall zu bringen? Das Gegenteil davon wird sie tun. Sie wird erneut die Einberufung des Reichstages verhindern, erneut Brüning retten und auch diesmal wieder diese ungeheuerliche Diktaturverordnung billigen. An der Spitze der Preußen-Bauern. Seiten sind so zahl die Worte der SPD. durch ihre Taten Lügen gestraft worden. Ein Massenbewachter Arbeiter kann nicht länger in dieser Partei bleiben.

Helden der sozialistischen Arbeit

Mostan, 8. Juni. Das beim Bau des Stalinger Kraftwerkes beschäftigte Arbeiterkollektiv und einzelne Arbeiter wurden auf Beschluß des Zentralsekretariatskomitees der Sowjetunion mit dem roten Bannerorden der Arbeit ausgezeichnet. Der Orden wurde dem gesamten Kollektiv und außerdem persönlich dem Stahlarbeiter Lorenz für die Leitung der Arbeiterbrigade und dem Bauarbeiter Ermann verliehen.

Das Stalinger Kraftwerk wurde dank der heroischen Anstrengungen der Arbeiter in 15 Monaten errichtet, anstatt, wie planmäßig vorgesehen, in 24 Monaten.

Strafentwurf in Athen

Verschärfung der Wirtschaftskrise in Griechenland

Athen, 8. Juni. Das griechische Parlament „diskutiert“ noch immer den schicksalhaften Entwurf. Am 8. Juni sammelten sich Hunderte von Arbeitern vor dem Parlament, um gegen dieses Gesetz zu protestieren. Die Polizei griff ein und verhaftete 60 Arbeiter.

In der Nachtfrage kam es gleichfalls zu Demonstrationen. Als die Polizei ein Auto voll Kommunisten, die die „Internationale“ sangen, aufhalten wollte, griff die Menge den Polizeioffizier an. Es kam zu einem regelrechten Straßentkampf. Erst als Verstärkungen kamen, konnte die Polizei die Demonstranten zerstreuen und einige von ihnen verhaften.

Athen, 8. Juni. Die Wirtschaftskrise verschärft sich in Griechenland im laufenden Jahr weiter, wie die folgenden offiziellen Daten beweisen.

In den ersten drei Monaten 1931 betrug die Einfuhr 223,8 Millionen Drachmen gegen 2766,2 Millionen Drachmen in der gleichen Zeit 1930. Die Einfuhr ist also um 542,8 Millionen Drachmen gesunken. Die Ausfuhr betrug in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres 1317,8 Millionen Drachmen, während sie in der gleichen Zeit 1930 den Betrag von 1573,9 Millionen Drachmen erreichte, also 1931 um 256,1 Millionen Drachmen weniger. In den ersten drei Monaten 1931 war die griechische Außenhandelsbilanz um 905,9 Millionen Drachmen passiv.

Banderveldes Koalitionstraum

Brüssel, 9. Juni. Nach einer 14 Tage dauernden Regierungsreise hat der frühere katholische Minister Kentin die neue Regierung gebildet. Die katholisch-liberale Koalition ist wieder zusammengeflochten worden. Kentin übernimmt das Innenministerium.

Das Finanzprogramm der neuen Regierung wird sich kaum von dem der alten unterscheiden. In der flämischen Frage hat das neue Ministerium seine Stellung noch nicht bekanntgegeben, aber im Verlaufe der langen Verhandlungen hat es sich schon gezeigt, daß diese Regierung keine rasche Lösung in der Frage finden wird. In der Frage der Kriegsvorbereitungen hat die neue Regierung wörtlich das nationalistische Programm der alten Regierung übernommen.

Die Regierung wird nicht von langer Dauer sein. Der Ministerpräsident Kentin hatte nach Bekanntwerden der neuen Ministerliste bereits eine Zusammenkunft mit Bandervelde über eine evtl. Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in der flämischen Frage. Das Zentralorgan der Sozialdemokraten, der „Peuple“, hat übrigens die Mithilfe der Sozialdemokratischen Partei in dieser Frage im Parlament angeboten.

Bata läßt verbieten

Prag, 9. Juni. Heute wurde die gesamte Auflage des kommunistischen „Rudy Becerni“ („Rotes Abendblatt“) von der Polizei beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte eine Stunde nach Vorlage der Zensurformulare, also noch bevor ein einziges Exemplar expediert worden war, auf Grund einer Klage des Schuhfabrikanten Bata wegen eines gegen seine arbeiterfeindliche Politik gerichteten Artikels.

Es ist klar, daß das Pressegericht im Dienste Batas arbeitet, denn Bata selbst oder seine Vertreter konnten von diesem Artikel noch nichts erfahren haben, da noch kein einziges Exemplar ausgeliefert worden war. Diese unerhörte Zensurpraxis geschieht unter der Herrschaft des sozialdemokratischen Justizministers Meisner.

New York, 8. Juni. Beim Jugendtag in Youngstown wurden 52 Teilnehmer verhaftet und in den Straßen fürchterlich geprügelt. Sieben wurden ernstlich verwundet, darunter ein Kind von sieben Jahren.

„Bollwerk gegen den Kommunismus!“

Das soll das kapitalistische Deutschland sein! — Das Geheimnis von Chequers

London, 8. Juni. Die Konferenz von Chequers fand ihren Abschluß mit einer Staatsvisite der deutschen Minister beim englischen König. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen in Chequers wurde ein gemeinsames Communiqué herausgegeben, das nur einige allgemeine Andeutungen über den Inhalt der Unterredungen und gar nichts über die Ergebnisse enthält.

Es heißt darin u. a.: „Es wurde in freundschaftlicher Weise die Lage erörtert, in der sich das Deutsche Reich und andere Industrieländer im gegenwärtigen Augenblick befinden. Die deutschen Minister betonten mit besonderem Nachdruck die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage in Deutschland und die Notwendigkeit der Schaffung von Erleichterungen. Die englischen Minister ihrerseits wiesen auf den internationalen Charakter der gegenwärtigen Krise und ihre besonderen Rückwirkungen auf England hin. Beiderseits herrschte Uebereinstimmung darüber, daß neben den Maßnahmen, die jedes einzelne Land für sich zu ergreifen hätte, die Wiederherstellung des Vertrauens und die wirtschaftliche Belebung von internationaler Zusammenarbeit abhängig seien. In diesem Sinne werden beide Regierungen sich bemühen, die gegenwärtige Krise in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen anderer Länder zu überwinden.“

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Günther Stein zum Ergebnis von Chequers u. a.: „In der internationalen Atmosphäre schwirren Worte wie Kulturgefährdung, Kommunismus, Hintergrund russischer Wirtschaftserfolge, Solidarität des Kapitals...“

Das Ausland hat verhältnismäßig wenig Interesse daran, ob die deutsche Sicherheit und Ordnung in Zukunft aus dem sozialen System des Landes heraus bewahrt bleibt oder nicht, ob sie durch Gummirollen und Karabiner garantiert wird, wenn einmal die Not bis zum höchsten steigt.

Das Ausland will zunächst die Sicherheit seiner Kapitalanlagen in Deutschland. Dann will es die Sicherheit, daß Deutschland als Bollwerk gegen den Kommunismus steht.“

Angesichts der bevorstehenden Europareise des amerikanischen Außenministers Stimson und des Finanzministers Mellon äußert sich die englische Presse sehr zurückhaltend über das Ergebnis von Chequers.

Im Pariser „Matin“ sagt Sauerwein zur amtlichen Chequers-Verlautbarung: Für Frankreich habe sie die Bedeutung, daß der Quai d'Orsay nicht getäuscht worden sei, als man ihm mitgeteilt habe, daß mit den deutschen Ministern nichts vereinbart werden solle, und daß es demnach auch keinen Plan, kein Programm und noch viel weniger eine Entscheidung gebe. Für Amerika besage die Verlautbarung, daß England nicht beabsichtige, auf Washington einen Druck auszuüben. Die Engländer hätten den deutschen Ministern sicherlich geantwortet, daß die Ankunft Stimsons abgemeldet werden müsse. Damit aber der Reichskanzler nicht ohne jedes Ergebnis und ohne jede Ermächtigung für die Zukunft nach Berlin zurückkehren brauche, sei am Ende der Veröffentlichung von der Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit die Rede.

Internationale Streitwelle

Färberstreik in Schottland

London, 9. Juni. Heute brach in den schottischen Färbereien in Grangemouth, wo nur zwei von mehr als 60 Arbeitern in der ersten Schicht zur Arbeit antraten, ein Streik aus. Der Streik ist auf den neuen Schiedsspruch für die chemische Industrie zurückzuführen, der die Lohnsätze um fünf Achtel Pence je Stunde herabgesetzt. Die Gewerkschaft weigert sich, den Streik anzuerkennen und empfiehlt den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit.

Belgische Steinbrucharbeiter für Streik

Brüssel, 9. Juni. Da die Steinbruchbesitzer des Gebiets von Tournaig ihre Arbeiter von neuem mit einem Lohnabbau von 5 Prozent bedrohen, herrscht unter den bedrohten Arbeitern höchste Unruhe. Entgegen den Ratschlägen der reformistischen Gewerkschaftsführer sprachen sich die Arbeiter mit 2700 Stimmen gegen 660 Stimmen für den Streik aus.

Silberarbeiterstreik in Birma

London, 9. Juni. In den Silber- und Zinnbergwerken in der Nähe von Rangoon ist ein Streik ausgebrochen. Der Streik wird von chinesischen Bergarbeitern geführt. Die Leitung hat sofort Truppen angefordert und bald darauf erschien auch die Militärpolizei auf der Grube. Sie eröffnete ein Feuer auf die Streikenden, wobei einer von ihnen getötet und mehrere verwundet wurden.

Streikkämpfe in Belgien

Brüssel, 9. Juni. Die Flegelarbeiter des Bezirks von Turnhout haben den Generalstreik ausgerufen, um sich gegen die Lohnherabsetzungen von 15 bis 20 Prozent zu wehren.

In der Gegend von Lüttich haben drei Bergarbeiterstreiks stattgefunden, von denen zwei die Respektierung des Achttundentages bezweckten und auch gewonnen wurden. Der andere wurde geführt, um die Wiedereinstellung eines entlassenen

Arbeiters zu erzwingen. Nach dreitägigem Kampf wurde dieser Streik von den reformistischen Führern abgewirgt.

Ein vierter Streik der Hilfsarbeiter, der die Erhöhung der Löhne bringen soll, ist unter der Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ausgebrochen.

Mosley in Hitlers Spuren

London, 9. Juni. In den letzten Tagen sind in der englischen Presse Meldungen erschienen, daß führende Mitglieder der Mosley-Organisation am Donnerstag von London nach München abgefahren seien, um eine Zusammenkunft mit Hitler zu haben und die neuen Methoden der Nazis zu studieren. Die Mosley-Partei hat eine Erklärung veröffentlicht, in der sie diese Nachricht dementiert, aber zugibt, daß zwei ihrer Mitglieder nach München gereist seien, aber „nur aus rein persönlichen Motiven.“

Auf einer Konferenz der Sekretäre und Parlamentskandidaten der neuen Partei, die am Ende der vorigen Woche stattgefunden hat, kam es zu erregten Auseinandersetzungen über die Rolle, die die offene faschistische Propaganda in ihrer Kampagne spielen sollte. Ein starker Flügel unter der Führung von Peter Winckworth forderte, daß der Rat der Fünf unter die Notwendigkeit einer starken Diktatur in den Vordergrund aller öffentlichen Erklärungen gestellt werden sollten. Die Majorität war jedoch dafür, daß eine mehr taktische Linie verfolgt werde, da es unter den gegenwärtigen Umständen ratsamer wäre, die Propaganda mit den Schlagworten eines großzügigen Schemas für den nationalen Wiederaufbau zu führen.

Die neue Partei ist reichlich mit Geldmitteln versorgt. Man schätzt ihren „Kriegsschatz“ auf ungefähr 1 Million Pfund, der vor einer Reihe reicher Industriekapitäne, unter ihnen auch Sir William Morris, dem feinstreichen Autofabrikanten, zusammengebracht wurde.

Die neue Partei hat sich auch bereits eine Jugendbewegung zugelegt, die hauptsächlich aus Universitätsstudenten besteht. Diese Jugendbewegung soll hauptsächlich Ordnungsdienste leisten und sich sportlich betätigen. Tatsächlich soll sie sich aber zu der Kampftruppe der faschistischen Partei entwickeln.

Wer seinen Sohn lieb hat züchtigt ihn

Aus einem großen antiklerikalen Roman v. Franz Braun

1. Fortsetzung.

Von seiner politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit hatte er sich sehr zurückgezogen. Die Sorge um das Wohl und die Erziehung der acht Kinder, deren je zwei Jungen und Mädchen einander gefolgt waren, nahm seine ganze Zeit in Anspruch. Seine einzige Lektüre noch bildete die Zeitung. Es war, als habe das laute Leben ihn gemitert, ihn herausgeschleudert aus seiner Bahn des Lernens und Verstehens, als fürchte er selbst, an diesem Felsstein der Entbehrung anderen Sinnes zu werden.

Die älteste Tochter Käthe ging bereits ins vierzehnte Jahr, und als Hermann, der älteste der Jungen, ins zwölfte ging, fühlte der Vater sich verpflichtet, alle Schriften und Bücher, die nicht aus seinem eigenen Lager stammten, zu vernichten. Kannte er doch die Gefahren, die aus denselben erwachsen. Seine Abneigung gegen jedes fremde Denken hatte sich zu Mißtrauen gesteigert und immer war er bemüht, jede Versuchung von seinen Kindern entfernt zu halten. Wußte er doch, daß man einer Versuchung am besten entgeht, wenn man ihr ausweicht.

Den Kindern war der Umgang mit protestantischen Nachbarkindern streng verboten und als Johannes, der Zehnjährige, verwundert fragte: „Aber warum denn?“, da fuhr der Vater ihn an: „Weil ich's nicht haben will!“

Erstbroden duckte Johannes sich vor diesem wütenden Blick des Vaters. Die Mutter beruhigte ihn und schickte den Kleinen aus dem Zimmer. Der Vater hätte ihn prügeln mögen, so zornig machte ihn die Frage.

„Wie kannst du dich darüber nur so aufregen?“ meinte die Mutter.

„Wie? Da wunderst du dich noch? Dieser Junge wird ein Starrkopf! Er hat nicht zu fragen, wenn ich etwas befehle!“ Die Mutter schüttelte den Kopf, unterließ aber jede Entgegnung. Von Zeit zu Zeit betrachtete sie ihren Mann still von der Seite. So erregt sah sie ihn selten.

Johannes hatte sich in der Kammer nebenan über seine Schularbeiten gemacht und als kurze Zeit später die Mutter zum

Abendbrot rief, hätte er sich am liebsten unbemerkt auf sein Schlafzimmer geschlichen. Für den Jörn des Vaters wußte er keine Erklärung, aber er ahnte dunkel, daß derselbe noch nicht verrückt sei.

Bei seinem Eintritt fühlte er den erzürnten Blick des Vaters auf sich ruhen. Die Geschwister, die lärmend von draußen hereinkamen, wies der Vater barsch zur Ruhe. Alle nahmen stumm und eingeschüchtert am Tisch Platz. Die Mutter füllte die Teller auf und Hermann schickte sich an, das Tischgebet zu sprechen.

„Johannes, du bestest vor!“ sagte der Vater und seine Miene hatten immer noch nicht den früheren Groll verloren. Ertrübend schlug Johannes die Augen nieder. Er fühlte den fragenden Blick der Geschwister, während er der Aufforderung des Vaters nachkam.

Diese Art Strafe war ihm ein dunkles Rätsel. Es würgte ihn etwas in der Kehle und fast fühlte er sich versucht, das Essen zurückzuweisen.

Während der Mahlzeit wurde kein Wort gesprochen und nach derselben beifelte die Mutter sich, die Kinder zu Bett zu bringen. Die älteste Tochter blieb wie gewöhnlich auf und wusch das Gesicht. Zurückgekehrt, fand die Mutter den Vater über die Zeitung gebeugt. Sie befahl der Tochter, ebenfalls zu Bett zu gehen und mit den Kindern das Abendgebet zu sprechen. Nun war sie mit dem Alten allein. Er las in der Zeitung, sie sah mit einem Stridstrumpf in der Hand da, nur ab und zu einen scheuen Blick zu ihm hinüberwerfend.

Nach einer Weile schob er die Zeitung unwillig fort: „So, ich weiß mich manchmal nicht zu halten! Wenn ich so eine Widerrede von den Kindern höre, dann meine ich, die Gasse solle mir überlaufen.“

„Aber Hermann“, gab die Mutter zur Antwort, „wie kannst du dich nur so haben?“

Im Grunde war sie nicht weniger streng den Kindern gegenüber. Diesen Ausbruch aber vermochte sie sich nicht zu erklären. Wenn sie auch nie gewagt haben würde, im Beisein der Kinder ihre gegenteilige Ansicht zu äußern, so fühlte sie die Uebertriebenheit der Situation doch heraus. Sie schob es auf einen Verger, den er in der Fabrik gehabt haben mochte, und sagte kurz, um der Sache ein Ende zu machen: „Laß uns schlafen gehen. Morgen ist früh Tag.“

Es kam ihr nicht in den Sinn, mit den Kindern Mitleid zu haben. Dazu war sie zu sehr eins mit ihrem Mann in allen Dingen, die die Erziehung betrafen.

Das Elternpaar teilte mit den Kindern die beiden Schlafzimmer. Die Mutter eines mit den Mädchen und der Vater mit den Knaben das andere. Außer den beiden Kammern enthielt die Wohnung nur noch ein kleines Zimmer. Da man diesen neben der Küche gelegenen Raum als Wohnstube benutzte, mußte man sich mit den beiden Schlafkammern begnügen.

Auch über allzuviel Betten verfügte man nicht. Mann hatte sich eingewöhnt, daß der Vater mit Hermann in einem Bett schlief, während Johannes mit seinen beiden jüngeren Brüdern Friedrich und Thomas, von denen der jüngste, Thomas, erst zwei Jahre alt war, sich in das zweite teilen mußten. Ein drittes aufzustellen wäre in der kleinen Kammer unmöglich gewesen, zumal nicht ein Kleiderschrank, der die sonntägliche Garderobe enthielt, darin Platz gefunden hatte. Im Zimmer der Mutter standen ebenfalls zwei Betten und hier hatte man eine gleiche Anordnung getroffen. Auch dieses Zimmer bot nicht mehr Raum und da ähnliche Verhältnisse in allen Häusern der Kolonie herrschten und man nie andere kennengelernt hatte, kam niemandem hierbei ein Mangel zum Bewußtsein.

Man lebte, wie es gerade ging und man es nicht anders gewohnt war, und da die nähere Umgebung überall das Gleiche bot fand man alles so, wie es war, am natürlichsten.

Als der Vater die Schlafzimmer betrat, lag Johannes mit geschlossenen Augen da, aber er schlief nicht. Leichtes Dunkel lag über dem Zimmer, das nur durch ein kleines Dachfenster Licht empfing.

Erst als er die ruhigen Atemzüge des Vaters hörte, wagte Johannes die Augen zu öffnen. Lange noch verhieß er sich unbeweglich und dachte über das Geschehene nach. Er war ein empfindsamer Knabe. Das kleinste Weh, die geringste Strafe vermochte ihn zu erschüttern. Dazu kam noch ein Fehlschlag, der sein Leid ins Ungemessene steigern konnte: er war nicht imstande, einem andern Menschen sein gefühlsvolles Herz auszuschütten. Weder dem Vater noch der Mutter noch sonst jemandem. Einmal in seinem jungen Dasein hatte er einen Menschen gehabt, zu dem ihn ein grenzenloses Vertrauen gezogen hatte: zu seiner Großmutter. Ihm war es immer, als ob die alte Frau nur für ihn gelebt habe, und als man sie vor fünf Jahren begrub, da war das Leid, das ihr Tod verursacht hatte, sein Leid gewesen. Die Erinnerung an diesen Schmerz war die erste geblieben, die er nie mehr vergessen sollte.

(Fortsetzung folgt)

Breslauer Johannistfest

Die „Johannistfest-Zeitung“ mit dem offiziellen Festprogramm ist ab morgen überall erhältlich

Der Saft der schlaflosen Nächte
 von Sonnabend, 13., bis Sonntag, 28. Juni 1931, gegenüber der Jahrhunderthalle
 mit großer Raubtierausstellung
 besessene Eisbären
 Nieselebene Schautellungen
 Eintrittspreise ermäßigt: Erwachsene 20 Pf., Kinder 10 Pf., Elterntage (Sonn- u. Donnerstage) 30 Pf., Kinder 10 Pf., Dauerarten für alle Tage: Erwachsene 2 Pf., Kinder 1 Pf., bei Barasch
 Öffnung
 Sonnabend
 nachm. 4 Uhr
 V o n g r u p p e
 Täglich große Sportkämpfe

Donnerstag - Freitag - Sonnabend

GROSSER RESTE VERKAUF

Alles bis zur Hälfte
ermäßigt!

Kommen Sie recht
bald und holen Sie
sich das Beste heraus!

BARASCH

Notstandsarbeiter, heraus gegen die neue Notverordnung

Am Freitag um 20 Uhr findet im „Roten Löwen“, Kupfer- (Schmiedestraße 21), eine Versammlung aller Notstands-, Fürsorge- und Pflichtarbeiter statt. Stellungnahme gegen die neue Notverordnung. Pflicht aller eben aufgeführten Arbeiter ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Eintritt frei.

1a verbietet Diskussion mit revolutionären Arbeitern

Die Opposition der Hitler-Partei hatte am Montag zu einer Versammlung nach der „Bratislawka“ mit freier Aussprache aufgerufen. Aus diesem Grunde waren auch sehr viele revolutionäre Arbeiter erschienen, um in der Diskussion das Irrsinnige der Hitler-Opposition nachzuweisen, die ja nur den Zweck verfolgt, die rebellierenden Massen der Hitler-Partei vor dem Einschwenken in die revolutionäre Front zu bewahren. Das Polizeipräsidium leistete jedoch der sowohl den Hitlerianern als auch der „Opposition“ den Gefallen, beide vor einer Entladung zu schützen, und verbot die Diskussion. Als Grund wurden die Vorfälle in der Otto-Strasser-Versammlung

Betriebsarbeiter!

Wählt Delegierte zu den AGD.-Konferenzen am 14. Juni!

angegeben, wo die Hitler-Faschisten die Versammlung sprengten. Der wahre Hintergrund ist aber, daß seinerzeit bei den Ausführungen des kommunistischen Redners die größte Ruhe herrschte und die Versammlung einen Erfolg für die AGD. war. Man wollte also einen weiteren Erfolg auch dieser Versammlung verhindern, deshalb das Verbot der Diskussion. Die revolutionären Arbeiter verließen daraufhin geschlossen den Saal, so daß Hitlertrübe und „Opposition“ allein auf weiter Flur blieben. Die Referate der beiden „Oppositionellen“ bewegten sich im Rahmen des auch sonst bei den Hitlerianern üblichen Jargons. Lediglich zur besseren Larmung sprach man vom Kampf gegen das Kapital und einer Ablehnung eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion. Wie man noch erfuhr, hat der jetzt als Gauführer eingesezte Gememörder Heines ein Monatslohn von 1400 Mark und schreibe 1400 Mark. Nach Schluß der Versammlung sich bildende Ansammlungen wurden durch die Polizei gestreut.

Ohlau

Der Tag der proletarischen Solidarität

Die Internationale Arbeiterhilfe — veranstaltet am 14. Juni auch in Ohlau ihren Solidaritätstag. Der 14. Juni soll kein Feiertag sein, sondern soll der Tag der Mobilisierung der breitesten Schichten der werktätigen Bevölkerung sein. Es gilt, das Solidaritätsempfinden der Arbeiterklasse, des Mittelstandes und des Kleinbauernums mit den kämpfenden Arbeitern zu stärken und zu organisieren.

Die ungeheuerlichen Angriffe des Großunternehmertums auf die Löhne der Arbeiter und Angestellten, die Angriffe der Brüning-Regierung auf die Kriegsoffer, Sozialrentner, Arbeitslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger verpflichten die gesamten Werktätigen ohne Unterschied ihrer bisherigen Parteieinstellung zur Schöpfung einer Massenabwehrfront.

Nur in einer Massenabwehrfront wird es möglich sein, die Angriffe abzuwehren und den Kampf für Brot und Freiheit siegreich zu beenden. Deshalb heraus am 14. Juni zur Demonstration und Solidaritätstundgebung um 13 Uhr auf dem Ring.

Strehlen

Tatütata! — der Braun ist da...

Strehlen. Am Sonnabend hatte auch Strehlen seinen „großen“ Tag. Der dreifache Sozialfaschist Braun hatte sich in höchst eigener Person in Begleitung des Ober-Genossen Lüdemann eingefunden, um den Strehlener Steinbruch kennenzulernen — nicht aber die tiefschmerzliche Notlage der vom Granitgewaltigen Schall auf Strehlenpflaster geworfenen Steinarbeiter. So hatte man es fertig bekommen, den Besuch eines Braun dazu zu benutzen, die wenigen noch im Betriebe beschäftigten Arbeiter drei Stunden länger arbeiten zu lassen, während ein Schall in einer besonders hergerichteten Küche für Jubiläumliche Jubiläe seiner Gäste getragen hatte. Zu diesen Gästen hatten sich nun auch die Strehlener Wönzchen eingefunden — den Maharadscha von Strehlen hatte man an die Seite gedrückt, und wies dieser es als eine unerhörte Zumutung zurück, daß man ihm von dem opulenten Mahle nur die Zeller zum Ablecken zugedacht hatte.

Die Strehlener Arbeiterklasse hat den schon tagelang zuvor bekannten Besuch eines Braun vollständig ignoriert und waren alle Abwehrmaßnahmen der Polizei, die man dem hohen Herrn angedeihen ließ, Angstprodukte, nachdem Schema des getürmten Brüning aus Oberhiesien.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Provinz und Lokales: Ritzsch, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Bretzner, Berlin. — Für Unterredaktionen: Karl Ganshoff, Breslau. — Verlag und Druck: Schleifische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwendet man die reizmildernde und kühlende Leodor-Fett-Creme. Tube 60 Pf. u. 1 Mk. Wirksam unterstützt durch Leodor-Ölbeise. Stück 50 Pf. zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Recht so!

Wer's mit dem Stahlhelm hält, dem gehört keines Proleten Geld!

Arbeiter-Musikvereine lehnen ab, in Lokalen zu feiern, die Stahlhelmer beherbergen — SPD. aber hält Mitgliederversammlungen ab

Der Stahlhelmmummel ist vorbei, und jetzt fällt es so manchem Gastwirt und Geschäftsmann ein, daß es doch besser gewesen wäre, wenn er am 30. und 31. Mai daran gedacht hätte, daß die Stahlhelmer wieder abhauen, die Proleten aber in Breslau bleiben.

Zu diesen Leuten gehört auch der Gastwirt Knoblich, dem das Lokal „Paradies“ in Oswig gehört. Tropdem sein Lokal in der Handhabe von Proleten blüht, hat er es den Stahlhelmbanden zur Verfügung gestellt. Jetzt haben bereits zwei Arbeitervereine dem Stahlhelmsfreund die Antwort gegeben, die sein Verhalten verdammten.

Der Arbeiter-Musikverein „Harmonie“, Oberdorf, hatte für den 13. Juni im Lokal des Herrn Knoblich ein Fest angesetzt. Er wird das Fest jetzt nicht in diesem Lokal, sondern im „Preussischen Hof“ abhalten. Ebenso hat der Arbeiter-Musikverein Alt-Scheitnig, der für den 27. Juni im gleichen Lokal ein Fest vorgesehen hat, dieses abgelehnt, und wird es ebenfalls im „Preussischen Hof“ abhalten.

Dieses Vorgehen der beiden Vereine ist außerordentlich zu begrüßen, obwohl darin nur die Erfüllung einer selbstverständlichen proletarischen Pflicht zum Ausdruck kommt.

Um so mehr muß es beifremden, daß der SPD. die Tatsache der Stahlhelmsfreundschaft Knoblichs noch nicht bekannt geworden ist. Wie aus dem Versammlungskalender der „Sozialmacht“ vom Montag hervorgeht, findet heute in diesem Lokal eine Diskussionsversammlung der SPD. statt.

Wir können nicht gut glauben, daß die sozialdemokratischen Arbeiter so wenig proletarisches Pflichtgefühl besitzen, daß man ihnen zumuten kann, einen Wirt noch länger zu unterstützen, der allen Warnungen zum Trotz nicht so viel Verständnis für die Arbeiterklasse aufbringen konnte, der Stahlhelmsfest seine Räume vorzugewähalt.

Die Arbeiterklasse verkennt keineswegs die schwierige soziale Lage, in der sich zum großen Teil auch die Gastwirte befinden. Aber gerade

weil nicht zuletzt die Kreise, die hinter dem Stahlhelm stehen, schuld an dieser Lage sind, mußte sich jeder einseitige Gastwirt sagen, daß er sich niemals zu einer Unterstützung einer Bewegung hergeben darf, die als Todfeind der Arbeiterklasse auch ein Feind der Gewerbetreibenden ist.

Uebrigens wird uns sogar von einem Stahlhelmer, der — wie er uns mitteilt — nur gezwungen er machen der Organisation angehört, mitgeteilt, daß Herr Knoblich seine Freundschaft für den Stahlhelm auch durch allerhand höhnische und beleidigende Bemerkungen über die Kommunisten zum Ausdruck gebracht hat. Wir sind darüber dem Herrn Knoblich nicht böse. So wenig ein Stahlhelmer, wer es auch immer sei, Kommunisten beleidigen kann, so wenig kann dies ein Stahlhelmsfreund.

Unsere Genossen aber werden selbstverständlich dafür sorgen, daß Herr Knoblich von dem Anblick aller Kommunisten sowie aller derjenigen Arbeiter verschont bleibt, die in der kommunistischen Partei ihre Interessenvertretung erblicken. Allen Proleten muß es zur Selbstverständlichkeit werden, ihre lauer verdienten Groschen nicht zu einem Wirt oder Geschäftsmann zu bringen, der offen und verkappt Stahlhelm oder Nazis unterstützt. Dem Stahlhelmer, der uns Kenntnis von dem Verhalten des Knoblich gab, empfehlen wir, sich getrost an uns zu wenden. Er ist nicht der einzige, den man zwingt, einer Organisation anzugehören, der er innerlich feindlich gegenübersteht. Wir werden also das Verständnis für sein Verhalten schon aufbringen. Red. der „A.-Ztg.“

Blandleihhaus Grundmann

Breslau, Trebnitzer Str. 21

Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schuhmachern